



SÜDTIROLER LANDTAG - BOZEN
 CONSIGLIO PROVINCIALE - BOLZANO
 10 SET. 2014
 Prot. N. 5671 (e)

21/14

An den
 Präsidenten des Südtiroler Landtages
 Herrn Dr. Dieter Steger
 Bozen

Bozen, den 08. September 2014

LANDESGESETZENTWURF Nr.

Unabhängigkeit für Südtirol

Artikel 1

Der Südtiroler Landtag und die Landesregierung schaffen innerhalb von zwei Jahren die Voraussetzungen dafür, dass die Südtiroler im Sinne des Völkerrechts (Art. 1 der Menschenrechtspakte von 1966, von Italien und Österreich 1977 ratifiziert) und nach Vorbild Schottlands, das am 18. September 2014 über die Unabhängigkeit abstimmt, über den politischen Status ihres Landes mittels einer Volksabstimmung gemäß dem im Anhang beiliegenden Entwurf für eine zukünftige Verfassung frei befinden können.

Artikel 2

Die entsprechende Fragestellung wird in allen drei Landessprachen formuliert und lautet folgendermaßen:

- „Wollen Sie, dass Südtirol (Autonome Provinz Bozen) ein unabhängiger Staat wird?“
- „Volete che il Sudtirolo (Provincia Autonoma di Bolzano) diventi uno Stato indipendente?“
- “Orëise che Südtirol (Provincia Autonoma da Balsan) vëgni en stato su por se enstës?“

Im Anhang:
 Verfassungsentwurf "Freistaat Südtirol".

L. Abg. Pius Leitner

L. Abg. Walter Blaas

L. Abg. Ulli Mair

L. Abg. Tamara Oberhofer

L. Abg. Sigmar Stocker

L. Abg. Roland Tinkhauser



Verfassung des Freistaates Südtirol

2. Auflage

Freistaat Südtirol
Stato Libero Sudtirolo
Stat liede Südtirol

em. o.Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler

Verfassung des Freistaates Südtirol

Auftraggeber:

Landtagsfraktion Die Freiheitlichen - Südtirol

Impressum:

Verfassungsentwurf: em. o.Univ.-Prof. Dr. Peter Perntaler, Innsbruck - 2012

Auftraggeber:

Landtagsfraktion Die Freiheitlichen - Südtirol

Kontakt:

www.die-freiheitlichen.com

info@die-freiheitlichen.com

Zweite Auflage 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt. Die Grundlagen des Staates.....	12
Artikel 1	
Staatsform, Staatsgewalt.....	12
Artikel 2	
Staatsgebiet.....	13
Artikel 3	
Hauptstadt, Staatssymbole.....	13
Artikel 4	
Volk, Sprachgruppen.....	13
Artikel 5	
Ziele und Grundsätze staatlichen Handelns.....	14
Artikel 6	
Schutz von Ehe, Familie, Kinder und Jugendlichen.....	14
Artikel 7	
Kunst, Kultur und Sport.....	14
Artikel 8	
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, internationale Beziehungen.....	15
2. Abschnitt. Grundfreiheiten und Menschenrechte.....	15
Artikel 9	
Menschenwürde.....	15
Artikel 10	
Freie Entfaltung der Persönlichkeit.....	15
Artikel 11	
Körperliche Unversehrtheit.....	15
Artikel 12	
Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentziehung.....	16
Artikel 13	
Gleichheit.....	16
Artikel 14	
Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit.....	16

Artikel 15	
Freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Zensurverbot	16
Artikel 16	
Kunst, Wissenschaft	17
Artikel 17	
Versammlungsfreiheit.....	17
Artikel 18	
Vereinigungsfreiheit	17
Artikel 19	
Koalitionsfreiheit	17
Artikel 20	
Personalvertretungsrecht	17
Artikel 21	
Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.....	17
Artikel 22	
Beruf, Arbeitsplatz, Arbeit	18
Artikel 23	
Ausbildungs- und Bildungsfreiheit	18
Artikel 24	
Unverletzlichkeit der Wohnung	18
Artikel 25	
Eigentum und Erbrecht.....	18
Artikel 26	
Enteignung	18
Artikel 27	
Datenschutz.....	18
Artikel 28	
Auskunft über Umweltdaten	19
Artikel 29	
Petitionsrecht	19
Artikel 30	
Verbindlichkeit der Grundrechte	19

Artikel 31	
Einschränkung von Grundrechten, Geltung für juristische Personen.....	19
Artikel 32	
Rechtsweggarantie	19
3. Abschnitt. Der Landtag.....	20
Artikel 33	
Stellung, Funktionen, freies Mandat	20
Artikel 34	
Zusammensetzung, Wahl	20
Artikel 35	
Mandaterwerb, Mandatsverlust, Wahlprüfung.....	21
Artikel 36	
Geschäftsordnung	21
Artikel 37	
Präsident, Vizepräsidenten.....	21
Artikel 38	
Sitzungen des Landtages	22
Artikel 39	
Öffentlichkeit der Sitzungen, sachliche Immunität	22
Artikel 40	
Beschlüsse, Wahlen, Ausschüsse	22
Artikel 41	
Auflösung	22
Artikel 42	
Immunität der Abgeordneten.....	23
Artikel 43	
Informationspflicht der Staatsregierung	23
4. Abschnitt. Die Staatsregierung.....	24
Artikel 44	
Aufgabe, Zusammensetzung.....	24
Artikel 45	
Bildung der Staatsregierung	24

Artikel 46	
Rechtsstellung der Regierungsmitglieder.....	25
Artikel 47	
Richtlinienkompetenz, Ressort- und Kollegialprinzip	25
Artikel 48	
Verantwortlichkeit der Mitglieder der Staatsregierung.....	25
Artikel 49	
Funktionen des Ministerpräsidenten als Staatsoberhaupt.....	26
5. Abschnitt. Die Gesetzgebung	26
Artikel 50	
Gesetzesvorlagen, Gesetzesbeschlüsse, Abstimmung nach Sprachgruppen.....	26
Artikel 51	
Volksbegehren.....	27
Artikel 52	
Volksabstimmung, Volksbefragung	27
Artikel 53	
Finanzvorbehalt, Wiederholung	28
Artikel 54	
Verfassungsänderung	28
Artikel 55	
Rechtsverordnungen.....	28
Artikel 56	
Ausfertigung, Veröffentlichung, Inkrafttreten	28
6. Abschnitt. Die Rechtsprechung.....	29
Artikel 57	
Gerichte, Richter, Mitwirkung des Volkes.....	29
Artikel 58	
Prozessuale Grundrechte	29
Artikel 59	
Unabhängigkeit der Richter	29
Artikel 60	
Staatsgerichtshof.....	30

7. Abschnitt. Die Verwaltung.....	31
Artikel 61	
Träger der Verwaltung.....	31
Artikel 62	
Verwaltungsorganisation	31
Artikel 63	
Kommunale Selbstverwaltung	31
Artikel 64	
Kommunaler Finanzausgleich	32
Artikel 65	
Kommunale Verfassungsbeschwerde	32
Artikel 66	
Grundsätze des öffentlichen Dienstes	32
8. Abschnitt. Das Finanzwesen	33
Artikel 67	
Haushaltsplan	33
Artikel 68	
Funktionen des Haushaltsplanes	33
Artikel 69	
Kredite, Gewährleistungen	34
Artikel 70	
Haushaltsüberschreitungen	34
Artikel 71	
Zustimmung der Staatsregierung	34
Artikel 72	
Vorläufige Haushaltsführung	34
Artikel 73	
Rechnungslegung.....	35
Artikel 74	
Rechnungsprüfung, Rechnungshof.....	35

9. Abschnitt. Das Bildungswesen.....	35
Artikel 75	
Erziehungsziele	35
Artikel 76	
Schulwesen	35
Artikel 77	
Aufsicht über das Schulwesen.....	36
Artikel 78	
Mitwirkung von Eltern und Schülern.....	36
Artikel 79	
Ethikunterricht, Religionsunterricht.....	36
Artikel 80	
Berufsbildung.....	36
Artikel 81	
Universitäten	37
Artikel 82	
Erwachsenenbildung.....	37
Artikel 83	
Europäische Akademie	37
Artikel 84	
Sprachenrechte im Bildungswesen	37
10. Abschnitt. Kirchen und Religionsgemeinschaften.....	38
Artikel 85	
Die Autonomie der Kirchen und Religionsgesellschaften	38
Artikel 86	
Gemeinnützige Einrichtungen, Lehreinrichtungen, Staatszuschüsse.....	38
11. Abschnitt. Übergangsbestimmungen.....	39
Artikel 87	
Rechtsüberleitung, Staatsbürgerschaft.....	39
Artikel 88	
Inkrafttreten	40

Geschichte Südtirols: Von der Autonomie bis zum Freistaat

- 1363 übergibt Margarethe „Maultasch“ die Grafschaft Tirol dem Hause Habsburg und Tirol kommt somit zu Österreich.
- Bis 1919 bleibt Tirol – mit kurzer Unterbrechung im Zuge der napoleonischen Kriege – Teil Österreichs. Die Bevölkerung ist mehrheitlich deutsch und ladinisch und zu 3% italienisch.
- 1919 wird das südliche Tirol gegen seinen Willen durch den Friedensvertrag von Saint Germain von Österreich abgetrennt und an Italien angegliedert. Den Südtirolern wird das Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Autonome Zuständigkeiten werden den Südtirolern nicht zuerkannt.
- 1922 wird mit der faschistischen Machtübernahme die Italianisierung der Südtiroler angestrebt, die durch Repressalien (Verbot der deutschsprachigen Schule, der deutschen Familiennamen auch auf Grabsteinen, der Hofnamen, das Tragen der Trachten, das Hissen unserer Fahne usw.) und Zuwanderung vorangetrieben wird.
- 1939 wird die sogenannte „Option“, das Umsiedlungsabkommen zwischen Hitler-Deutschland und Italien geschlossen. Dabei sollen die deutschen und ladinischen Südtiroler ihr Land Richtung Österreich und Deutschland verlassen. Wer nicht geht, wird mit einer Zwangsverfrachtung nach Sizilien bedroht. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stoppt die Option und somit die Umsiedlung der Südtiroler.
- 1946 verweigern die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges den Südtirolern das Selbstbestimmungsrecht. Stattdessen kommt es 1946 zum „Pariser Vertrag“, der den Südtirolern ein Autonomiestatut gewährt und die Südtiroler als deutsche und ladinische Minderheit in Italien schützen soll.
- Der Kampf um die Autonomie beginnt. Das Erste Autonomiestatut bleibt nämlich wirkungslos. Das demokratische Italien setzt seine Italianisierungspolitik offen fort, der Fortbestand der Südtirolerinnen und Südtiroler ist gefährdet. Österreich wendet sich in der Südtirol-Frage an die UNO. Die Verhandlungen mit Italien bleiben allerdings ergebnislos. Versprochenes wird immer wieder gebrochen.
- 1961 entlädt sich der Südtiroler Widerstand. Eine große Gruppe von Südtiroler Bürgern sprengt am Herz-Jesu-Sonntag an die 50 Strommasten und Sachobjekte in die Luft. Menschenleben wurden von den Freiheitskämpfern bewusst verschont. Das internationale Interesse wird durch diese Aktion – genannt auch „Feuernacht“ – nun auf Südtirol gelenkt und der Druck auf Italien wächst. In der Folge kommt es zu wichtigen Verhandlungen mit Italien.
- 1969 stimmt die SVP-Landesversammlung in Meran dem Verhandlungsergebnis mit Italien – dem „Paket“ – zu. Das Zweite Autonomiestatut tritt 1972 in Kraft, ist aber erst 20 Jahre später umgesetzt.
- Trotz aller Verdienste ist die heutige Autonomie unvollständig und begrenzt. Die drei Sprachgruppen Südtirols leben heute im Frieden miteinander und ein unabhängiger Freistaat Südtirol ist – unter Bezugnahme auf das international zuerkannte Selbstbestimmungsrecht – eine Zukunftsperspektive für die Deutschen, Italiener und Ladiner in Südtirol und eine bleibende und europäische Lösung für unsere Heimat.

Südtirol im Vergleich:

Südtirol:



Fläche: 7.400 km²

Einwohner: 511.750 (31. Dezember 2011)

Volksgruppen: Deutsch 69.41%, Italienisch: 26.06%, Ladinisch: 4.53%

Anzahl Gemeinden: 116

Städte: Bozen, Brixen, Bruneck, Glurns, Klausen, Leifers, Meran, Sterzing.

Liechtenstein:



Fläche: 160 km²

Einwohner: 36.476 (31. Dezember 2011)

Unabhängigkeit: Seit 1806

Währung: Schweizer Franken

Luxemburg:



Fläche: 2.586 km²

Einwohner: 524.853 (31. Dezember 2012)

Unabhängigkeit: Seit 1839

Währung: Euro

Montenegro:



Fläche: 13.812 km²

Einwohner: 625.266 (April 2011)

Unabhängigkeit: Seit 2006

Währung: Euro

Kosovo:



Fläche: 10.887 km²

Einwohner: ca. 1.800.000

Unabhängigkeit: Seit 2008

Währung: Euro

Flandern:



Fläche: 13.522 km²

Einwohner: 6.306.638 (1. Januar 2011)

Staat: Belgien

Unabhängigkeit: ?

Katalonien:



Fläche: 32.107 km²

Einwohner: 7.519.843 (1. November 2011)

Staat: Spanien

Unabhängigkeit: ?

Schottland:



Fläche: 78.772 km²

Einwohner: 5.254.800 (Schätzung 2011)

Staat: Großbritannien

Unabhängigkeit: 2014?

Präambel

- Unter Berufung auf das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung,
- in Achtung der Verantwortung vor Gott und im Bewusstsein der Verantwortung vor den Menschen,
- unter Wahrung der geistigen und kulturellen Einheit des Landes Tirol und seines geschichtlichen Erbes,
- zum Schutz des Friedens, der Gleichberechtigung und der ethnischen Partnerschaft unter den deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppen des Landes
- mit dem Willen, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern,
- die Grundlagen für ein soziales und gerechtes Gemeinwesen zu schaffen,
- die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern,
- die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten,
- die kulturelle und geschichtliche Tradition in allen Landesteilen zu pflegen,
- dem Frieden zu dienen und den Freistaat zu einem lebendigen Glied der europäischen Völkerfamilie und der Gemeinschaft aller Völker zu machen

gibt sich das Volk des Freistaates Südtirol die nachstehende Verfassung

1. Abschnitt. Die Grundlagen des Staates

Artikel 1 Staatsform, Staatsgewalt

1. Der Freistaat Südtirol ist ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat.
2. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen sowie nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung durch besondere Organe der Gesetzgebung, der Vollziehung und der Rechtsprechung ausgeübt.
3. Die Gesetzgebung übt der Landtag oder unmittelbar das Volk aus. Die Vollziehung liegt in der Hand der Staatsregierung und der Verwaltung. Die Rechtsprechung ist unabhängigen Richtern übertragen.
4. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände ist verfassungsmäßig gewährleistet.
5. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die Vollziehung und die Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden.

Artikel 2 Staatsgebiet

1. Das Staatsgebiet des Freistaates ist das Land Südtirol in seinen derzeit bestehenden Grenzen.
2. Die Einwohner von Cortina, Colle Santa Lucia und Buchenstein gehören zum Volk Südtirols und können sich im Wege des Selbstbestimmungsrechts mit dem Freistaat vereinigen.

Artikel 3 Hauptstadt, Staatssymbole

1. Die Hauptstadt und Sitz der obersten Organe des Freistaates ist Bozen.
2. Das Staatswappen ist im weißen Schild der rote Adler mit goldenen Flügelspannen und einer goldenen Krone aus dem Wappen der Grafen von Tirol im Jahre 1363.
3. Die Staatsfarben sind Weiß-Rot
4. Das Staatssiegel weist die Schildfigur des Staatswappens mit der Umschrift „Freistaat Südtirol“ in den drei Staatssprachen auf.
5. Die Staatshymne wird durch Gesetz bestimmt.

Artikel 4 Volk, Sprachgruppen

1. Dem Volk des Freistaates gehören die Bürger der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppen an. Ihre Sprachen sind die Staatssprachen des Freistaates.
2. Die Amtssprachen sind Deutsch und Italienisch. In den ladinischen Gemeinden in Gröden und im Gadertal und in Landesämtern, die sich ausschließlich oder hauptsächlich mit den Interessen der Ladinier befassen, ist auch Ladinisch Amtssprache.
3. Der Freistaat schützt die Gleichberechtigung der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppen als integrierende Teile des Staatsvolkes. Ihr Recht auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege ihrer Sprache, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Kultur und Überlieferung wird durch besondere Einrichtungen dieser Verfassung gewährleistet.
4. Die Ortsnamen sind in der Sprache der Mehrheit der Ortsbevölkerung und in der Sprache jener Sprachgruppe anzugeben, von der mindestens 15% ihrer Angehörigen im Orte ansässig sind.
5. Die demokratischen Einrichtungen des Freistaates gewährleisten allen Sprachgruppen den freien Sprachgebrauch ihrer Muttersprache, die selbständige politische Willensbildung und nach dem Grundsatz der ethnischen Partnerschaft einen angemessenen Anteil an der Ausübung der Staatsgewalt.
6. Der Freistaat fördert die kulturellen grenzüberschreitenden Beziehungen der Sprachgruppen zu ihrem Muttervolk.

Artikel 5 Ziele und Grundsätze staatlichen Handelns

1. Der Freistaat hat unter Wahrung des Gemeinwohles die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen zu sichern, die Selbsthilfe der Bürger und den Zusammenhalt aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und den kleineren Gemeinschaften jene Angelegenheiten zur Besorgung zu überlassen, die in ihrem ausschließlichen oder überwiegenden Interesse gelegen und geeignet sind, von ihnen mit eigenen Kräften besorgt zu werden.
2. Der Freistaat hat für die geordnete, den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Bürger entsprechende Gesamtentwicklung des Landes zu sorgen, wobei der Schaffung und Erhaltung von ausreichenden Arbeits- und Wohnmöglichkeiten ein besonderer Stellenwert zukommt. Der Freistaat hat für die öffentliche Gesundheit, den Schutz und die Pflege der Umwelt, besonders die Bewahrung der Natur und der Landschaft vor nachteiligen Veränderungen, zu sorgen.
3. Der Freistaat richtet einen öffentlichen Gesundheitsdienst ein, der nach Maßgabe der Gesetze medizinische Heilbehandlung, Versorgung und Rehabilitation bei Krankheiten und Gebrechen gewährleistet. Für Bedürftige ist die medizinische Versorgung kostenlos.
4. Der Freistaat hat die freie Entfaltung der Wirtschaft unter Wahrung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu fördern.
5. Der Freistaat hat seine erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten grundsätzlich auf solche Unternehmen zu beschränken, die einem Gemeinschaftsbedarf entsprechen und deren Ausübung durch andere nicht zweckmäßiger ist.
6. Die Förderung der rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern und der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen behinderter Menschen ist Aufgabe des Freistaates.
7. Bei der Besorgung der Aufgaben des Freistaates ist nach den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit vorzugehen. Die angewandten Mittel müssen den Zielen angemessen sein.

Artikel 6 Schutz von Ehe, Familie, Kinder und Jugendlichen

1. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.
2. Jedes Kind hat das Recht auf eine gesunde seelische, geistige und körperliche Entwicklung. Kinder genießen den besonderen Schutz des Staates vor körperlicher und seelischer Misshandlung und Vernachlässigung.
3. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuerst obliegende Pflicht. Über ihre Ausübung wacht der Staat.
4. Jugendliche sind vor Gefährdung ihrer körperlichen und seelischen Entwicklung zu schützen.

Artikel 7 Kunst, Kultur und Sport

1. Kunst, Kultur und Sport sind durch den Staat und die Gemeinden zu schützen und zu fördern.
2. Heimatbezogene Einrichtungen, Volkskultur, Brauchtum und Eigenheiten der einzelnen Orte und Regionen des Freistaates sind zu pflegen.

3. Der Staat und die Gemeinden fördern im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die kulturelle Betätigung aller Bürger durch öffentlich zugängliche Museen, Büchereien, Archive, Theater, Sportstätten, musikalische und weiteren Einrichtungen.
4. Der Staat und die Gemeinden sorgen für den Schutz und die Pflege der Denkmale von Kultur und Natur.

Artikel 8

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, internationale Beziehungen

1. Der Freistaat strebt grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit an, die auf den Ausbau nachbarschaftlicher Beziehungen und die Stärkung des europäischen Regionalismus gerichtet ist.
2. Der Freistaat kann unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Landtages internationale Verträge abschließen und internationalen Organisationen beitreten. Die Mitgliedschaft zur Europäischen Union ist anzustreben und die damit verbundene Übertragung von Hoheitsrechten des Freistaates durch Verfassungsgesetz zu genehmigen.
3. Gesetze und andere Staatsakte müssen mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts und den für den Freistaat verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen in Einklang stehen. Ratifizierte und veröffentlichte völkerrechtliche Verträge sind unmittelbar anzuwenden.
4. In einer Volksabstimmung ist zu entscheiden, ob der Freistaat sich einer Organisation kollektiver Sicherheit anschließt oder seine immerwährende Neutralität erklärt.

2. Abschnitt. Grundfreiheiten und Menschenrechte

Artikel 9

Menschenwürde

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
2. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist Quelle aller Grundrechte.

Artikel 10

Freie Entfaltung der Persönlichkeit

Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Artikel 11

Körperliche Unversehrtheit

1. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperlicher Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.
2. Niemand darf grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und ohne seine freiwillige und ausdrückliche Zustimmung wissenschaftlichen oder anderen Experimenten unterworfen werden.

Artikel 12 Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentziehung

1. Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Die betroffene Person muss unverzüglich über die Gründe der Freiheitsbeschränkung unterrichtet werden.
2. Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.
3. Jede wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig festgenommene Person ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihr die Gründe der Festnahme mitzuteilen, sie zu vernehmen und ihr Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen.
4. Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine Vertrauensperson oder ein Familienmitglied der festgehaltenen Person seines zu benachrichtigen.

Artikel 13 Gleichheit

1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
2. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.
3. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 14 Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit

1. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
2. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Artikel 15 Freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Zensurverbot

1. Jede Person hat das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
2. Unbeschadet des Rechtes, Rundfunk in privater Trägerschaft zu betreiben, werden Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet.
3. Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Artikel 16 Kunst, Wissenschaft

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 17 Versammlungsfreiheit

1. Alle haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
2. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 18 Vereinigungsfreiheit

1. Alle Bürger haben das Recht, Vereinigungen zu bilden.
2. Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

Artikel 19 Koalitionsfreiheit

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jede Person und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig; hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Artikel 20 Personalvertretungsrecht

In Betrieben, Dienststellen und Einrichtungen des Freistaates sind Vertretungsorgane der Beschäftigten zu bilden. Diese haben nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Mitbestimmung.

Artikel 21 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

1. Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
2. Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Freistaates, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt. Für diesen Fall ist vorzusehen, dass die Beschränkungsmaßnahmen dem Betroffenen nach ihrem Abschluss mitzuteilen sind, wenn eine Gefährdung des Zweckes der Beschränkung ausgeschlossen werden kann.

Artikel 22 Beruf, Arbeitsplatz, Arbeit

1. Beruf und Arbeitsplatz können frei gewählt werden. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
2. Erwerbsmäßige Kinderarbeit ist grundsätzlich verboten.
3. Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

Artikel 23 Ausbildungs- und Bildungsfreiheit

1. Alle Bürger haben das Recht, die Ausbildungsstätte frei zu wählen.
2. Alle Bürger haben das Recht auf gleichen Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen.

Artikel 24 Unverletzlichkeit der Wohnung

1. Die Wohnung ist unverletzlich.
2. Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
3. Eingriffe und Beschränkungen dürfen im Übrigen nur zur Abwehr der gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutz gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 25 Eigentum und Erbrecht

1. Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
2. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen, insbesondere die natürlichen Lebensgrundlagen schonen.

Artikel 26 Enteignung

1. Eine Enteignung ist nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.
2. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

Artikel 27 Datenschutz

Jeder Mensch hat das Recht, über die Erhebung, Verwendung und Weitergabe seiner personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Sie dürfen ohne freiwillige und ausdrückliche Zustimmung der berechtigten Person nicht erhoben, gespeichert,

verwendet oder weitergegeben werden. In dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 28 Auskunft über Umweltdaten

Jede Person hat das Recht auf Auskunft über die Daten, welche die natürliche Umwelt in ihrem Lebensraum betreffen, soweit sie durch den Freistaat oder andere öffentliche Stellen erhoben oder gespeichert worden sind und soweit nicht rechtlich geschützte Interessen Dritter oder überwiegende Belange der Allgemeinheit entgegenstehen. Nähere Bestimmungen trifft das Datenschutzgesetz.

Artikel 29 Petitionsrecht

Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Es besteht Anspruch auf begründete Erledigung in angemessener Frist.

Artikel 30 Verbindlichkeit der Grundrechte

Die in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 31 Einschränkung von Grundrechten, Geltung für juristische Personen

1. Soweit nach dieser Verfassung ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muss das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muss das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
2. In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
3. Die Grundrechte gelten auch für juristische Personen mit Sitz innerhalb des Freistaates, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

Artikel 32 Rechtsweggarantie

Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 21 Absatz 2 Satz 2 bleibt unberührt.

3. Abschnitt. Der Landtag

Artikel 33

Stellung, Funktionen, freies Mandat

1. Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes.
2. Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus, überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung und ist das Organ der politischen Willensbildung des Volkes und der Sprachgruppen.
3. Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Wegen der in Ausübung ihrer Befugnisse geäußerten Ansichten und Abstimmungen können sie nicht zur Verantwortung gezogen werden.
4. In der ersten Sitzung, an der sie teilnehmen, leisten die Abgeordneten in die Hand des Vorsitzenden den Eid, der Verfassung und dem Wohl des Volkes treu zu dienen. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Artikel 34

Zusammensetzung, Wahl

1. Der Landtag besteht aus fünfunddreißig Abgeordneten, die in allgemeiner gleicher, direkter und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden.
2. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger, die am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und in ein Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen sind. Voraussetzung für das passive Wahlrecht ist die Vollendung des 18. Lebensjahres. Nähere Bestimmungen trifft das Wahlgesetz.
3. Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt des neuen Landtages. Bei vorzeitiger Neuwahl bleibt der Landtag bis zum Ablauf der fünfjährigen Amtsperiode des nicht neu gewählten Landtages im Amt.
4. Das Gesetz über die Wahl des Landtages muss die Vertretung der ladinischen Sprachgruppe sichern.
5. Die Wahlen zum neuen Landtag werden von der Staatsregierung ausgeschrieben und finden frühestens am vierten Sonntag vor und spätestens am zweiten Sonntag nach Ablauf der Fünfjahresperiode statt. Das Dekret über die Wahlausschreibung wird spätestens am fünfundvierzigsten Tag vor dem Wahltag veröffentlicht.
6. Der neue Landtag tritt innerhalb von zwanzig Tagen nach Bekanntgabe der Gewählten durch Einberufung des Präsidenten des bisherigen Landtages zusammen. Für die Vertretung des Präsidenten im Falle seiner Verhinderung gelten die Regeln der Geschäftsordnung des Landtages.
7. In der ersten Sitzung des Landtages führt der Altersvorsitzende (Artikel 37 Absatz 7) den Vorsitz und leitet die Wahl des Präsidenten des Landtages.
8. Der Präsident hat vor Amtsantritt in die Hand des Altersvorsitzenden den Eid zu leisten, der Verfassung treu zu dienen. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig. Die Vizepräsidenten leisten den Eid in die Hand des Präsidenten.

Artikel 35 Mandaterwerb, Mandatsverlust, Wahlprüfung

1. Wer sich um einen Sitz im Landtag bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub.
2. Wer zum Abgeordneten gewählt ist, erwirbt sein Mandat mit der Annahme der Wahl.
3. Abgeordnete können auf ihr Mandat verzichten. Der Verzicht ist dem Präsidenten des Landtages schriftlich zu erklären.
4. Verlieren Abgeordnete die Wählbarkeit, erlischt ihr Mandat.
5. Die Wahlprüfung ist Sache des Landtages. Er entscheidet auch, ob ein Abgeordneter sein Mandat verloren hat.
6. Gegen die Entscheidung des Landtages ist die Beschwerde an den Staatsgerichtshof zulässig.

Artikel 36 Geschäftsordnung

1. Der Landtag regelt seine Tätigkeit in einer Geschäftsordnung, die der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten bedarf.
2. In der Geschäftsordnung sind Regelungen für den Zusammenschluss der Abgeordneten zu Fraktionen zu treffen. Die Rechte fraktionsloser Abgeordneter dürfen nicht beschränkt werden.
3. Die Geschäftsordnung enthält auch die Vorschriften zur Bestimmung der Sprachgruppenzugehörigkeit der Abgeordneten.

Artikel 37 Präsident, Vizepräsidenten

1. Der Landtag wählt aus seinen Abgeordneten den Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und die Sekretäre. Die Vizepräsidenten werden unter den Abgeordneten gewählt, die nicht der Sprachgruppe des Präsidenten angehören. Der Präsident bestimmt den Vizepräsidenten, der ihn bei Abwesenheit oder Verhinderung vertreten soll.
2. Für die ersten dreißig Monate der Tätigkeit des Landtages wird der Präsident unter den Abgeordneten der deutschen Sprachgruppe gewählt; für den darauf folgenden Zeitraum wird der Präsident unter den Abgeordneten der italienischen Sprachgruppe gewählt. Mit Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten der deutschen oder italienischen Sprachgruppe kann für den jeweiligen Zeitraum ein Abgeordneter der ladinischen Sprachgruppe zum Präsidenten gewählt werden.
3. Der Präsident leitet die Verhandlungen des Landtages nach Maßgabe der Geschäftsordnung.
4. Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Gebäude des Landtages aus. Ohne seine Zustimmung darf in den Räumen des Landtages keine Durchsuchung oder Beschlagnahme stattfinden.
5. Der Präsident verwaltet die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtages nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes und vertritt den Freistaat in dieser Funktion. Der Präsident ist oberste Dienstbehörde für die Bediensteten des Landtages.
6. Der Präsident und die Vizepräsidenten, die ihren Amtspflichten nicht nachkommen, werden vom Landtag mit Mehrheitsbeschluss der Abgeordneten abberufen. Zu diesem Zweck kann der Landtag auf Antrag von wenigstens einem Drittel der Abgeordneten zu einer Dringlichkeitssitzung einberufen werden.

7. Wenn der Präsident oder die Vizepräsidenten des Landtages diese nicht innerhalb von fünfzehn Tagen nach Antragstellung einberuft, so hat ihm der an Jahren älteste Abgeordnete, im Falle seiner Weigerung der nächstälteste einzuberufen und den Vorsitz zu führen (Altersvorsitzender).

Artikel 38 Sitzungen des Landtages

1. Der Landtag wird von seinem Präsidenten in der ersten Woche eines jeden Halbjahres zu einer ordentlichen Tagung einberufen.
2. Der Landtag bestimmt den Schluss und den Wiederbeginn seiner Sitzungen.
3. Der Präsident kann den Landtag zu außerordentlichen Sitzungen einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn ein Fünftel der Abgeordneten oder die Staatsregierung es verlangt.
4. Die Mitglieder der Staatsregierung sind berechtigt, an den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Auf Verlangen des Landtages oder ihrer Ausschüsse sind sie hierzu verpflichtet.

Artikel 39 Öffentlichkeit der Sitzungen, sachliche Immunität

1. Die Sitzungen des Landtages sind öffentlich, soweit die Öffentlichkeit nicht nach dem folgenden Absatz ausgeschlossen wird.
2. Die Öffentlichkeit ist von einer Sitzung für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand auszuschließen, wenn es der Präsident oder wenigstens ein Fünftel der anwesenden Abgeordneten verlangt und der Landtag es in einer nichtöffentlichen Sitzung beschließt. Über die Angelegenheiten des Voranschlages, des Rechnungsabschlusses, der Abgabengesetze, der Bezüge von Abgeordneten und Mitglieder der Staatsregierung darf die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden.
3. Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Landtages und in den nicht als vertraulich erklärten Sitzungen seiner Ausschüsse bleiben von jeder Verantwortung frei.

Artikel 40 Beschlüsse, Wahlen, Ausschüsse

1. Der Landtag ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Soweit in der Verfassung oder in der Geschäftsordnung nichts anderes geregelt ist, beschließt und wählt der Landtag mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
2. Der Landtag wählt aus seiner Mitte nach dem Verhältniswahlrecht die zur Vorberatung ihrer Verhandlungsgegenstände notwendigen Ausschüsse. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung des Landtages.

Artikel 41 Auflösung

1. Der Landtag kann mit Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen seine Auflösung vor dem Ablauf der fünfjährigen Gesetzgebungsperiode beschließen.

2. Der Landtag ist aufgelöst, wenn gleichzeitig die Mehrheit der Abgeordneten zurücktritt (Artikel 35 Absatz 3).
3. Wenn die Staatsregierung nicht innerhalb von neunzig Tagen nach der Wahl des Landtages oder nach dem Rücktritt der Staatsregierung neu gewählt wird, ist der Landtag wegen Funktionsunfähigkeit vom Präsidenten aufzulösen.
4. Die Staatsregierung hat binnen drei Wochen nach Auflösung des Landtages die Neuwahl so auszuschreiben, dass sie binnen drei Monaten nach der Auflösung des Landtages stattfinden kann.

Artikel 42 Immunität der Abgeordneten

1. Die Verhaftung eines Abgeordneten wegen einer strafbaren Handlung und die Vornahme einer Hausdurchsuchung bei einem Abgeordneten ist nur mit Zustimmung des Landtages zulässig. Dies gilt nicht im Falle der Ergreifung auf frischer Tat bei der Begehung eines Verbrechens.
2. Sonst darf ein Abgeordneter ohne Zustimmung des Landtages wegen einer strafbaren Handlung nur dann behördlich verfolgt werden, wenn diese offensichtlich in keinem Zusammenhang mit der Ausübung seines Mandates steht. Die Behörde hat hierüber die Entscheidung des Landtages einzuholen, wenn der Abgeordnete oder wenigstens drei Mitglieder des Immunitätsausschusses dies verlangen. Wird ein solches Verlangen gestellt, so ist jede behördliche Verfolgungshandlung sofort zu unterlassen oder abzubrechen.
3. Auch im Falle der Ergreifung eines Abgeordneten auf frischer Tat bei der Begehung eines Verbrechens ist die Haft aufzuheben oder die Verfolgung überhaupt zu unterlassen, wenn der Landtag oder in sitzungsfreier Zeit der Immunitätsausschuss dies verlangen.
4. Die Immunität eines Abgeordneten erlöscht mit dem Ende seines Mandates. Ersatzmitglieder genießen die Immunität nur während des Zeitraumes, für den sie zur Teilnahme an der Tätigkeit des Landtages einberufen werden.

Artikel 43 Informationspflicht der Staatsregierung

1. Die Staatsregierung ist verpflichtet, über ihre Tätigkeit den Landtag durch periodische Berichte laufend und zur Erfüllung ihrer Aufgaben im erforderlichen Maße zu informieren.
2. Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen haben die Staatsregierung oder ihre Mitglieder im Landtag und seinen Ausschüssen nach bestem Wissen und vollständig zu beantworten. Die Staatsregierung kann die Beantwortung von Fragen nur ablehnen, soweit der Beantwortung gesetzliche Vorschriften des Datenschutzes, der Geheimhaltung oder der Rechte Dritter entgegen stehen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.
3. Nach dem Beitritt zur Europäischen Union hat die Staatsregierung den Landtag unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu unterrichten und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In Angelegenheiten der Gesetzgebung ist die Staatsregierung an diese Stellungnahme gebunden.

4. Abschnitt. Die Staatsregierung

Artikel 44 Aufgabe, Zusammensetzung

1. Die Staatsregierung steht an der Spitze der vollziehenden Gewalt. Ihr obliegt die Leitung und die Verwaltung des Freistaates. Sie hat nach Maßgabe der Verfassung Anteil an der Gesetzgebung.
2. Die Staatsregierung besteht aus dem Ministerpräsident, zwei Stellvertretern und den Staatsministern. Als weitere Mitglieder der Staatsregierung können Staatssekretäre bestellt werden. Diese werden wie die Staatsminister bestellt und sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem zuständigen Staatsminister unterstellt und an seine Weisungen gebunden.
3. Die Staatsregierung beschließt über die Geschäftsbereiche ihrer Mitglieder. Der Ministerpräsident kann einen Geschäftsbereich übernehmen.
4. Die Zusammensetzung der Staatsregierung muss im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen, wie sie im Landtag vertreten sind. Diejenigen Mitglieder der Staatsregierung, die keine Abgeordnete sind, werden vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder auf Vorschlag einer oder mehrerer Fraktionen gewählt, sofern die Abgeordneten der Sprachgruppe der namhaft gemachten Personen – und zwar nur die Abgeordneten der Mehrheit, die die Staatsregierung unterstützt – dem Vorschlag zustimmen. Von den Stellvertretern des Ministerpräsidenten gehört einer der deutschen und einer der italienischen Sprachgruppe an. Der Ministerpräsident bestimmt den Stellvertreter, der ihn im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung vertreten soll.
5. Der ladinischen Sprachgruppe kann die Vertretung in der Staatsregierung auch abweichend von der proporzmäßigen Vertretung zuerkannt werden. Sitzt ein einziger ladinischer Abgeordneter im Landtag und wird er in die Staatsregierung gewählt, muss er auf sein Amt als Präsident oder Vizepräsident des Landtages verzichten.

Artikel 45 Bildung der Staatsregierung

1. Der Ministerpräsident wird durch das Volk in allgemeiner und direkter Wahl gewählt.
2. Nach der Wahl des Ministerpräsidenten werden die Stellvertreter und die Staatsminister auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom Landtag aus seiner Mitte in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit gewählt. Die besondere Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit und die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppen gemäß Artikel 44 Absatz 4 sind zu wahren.
3. Die Mitglieder der Staatsregierung leisten beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag. Sie geloben, das Wohl des Volkes zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, Verfassung und Recht zu wahren und ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.
4. Die Amtsdauer der Mitglieder der Staatsregierung fällt mit der Funktionsperiode des Landtages zusammen. Nach Ablauf ihrer Funktionsperiode oder nach ihrem Rücktritt führen sie die ordentlichen Verwaltungsgeschäfte bis zum Amtsantritt der neuen Staatsregierung weiter.

Artikel 46 Rechtsstellung der Regierungsmitglieder

1. Die Amtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung, insbesondere ihr Amtseinkommen und ihre Versorgungsansprüche sind durch Gesetz zu regeln.
2. Die Mitglieder der Staatsregierung dürfen kein anderes besoldetes Amt, keinen Beruf und kein Gewerbe ausüben. Sie dürfen nicht dem Aufsichtsrat oder dem Vorstand einer Erwerbsgesellschaft angehören. Ausnahmen kann die Staatsregierung mit Zustimmung des Landtages beschließen.
3. Mitglieder der Staatsregierung, die auf die Ausübung ihres Mandates als Abgeordnete des Landtages verzichten, behalten die Immunität der Abgeordneten, bis ihr Mandat erlöscht.

Artikel 47 Richtlinienkompetenz, Ressort- und Kollegialprinzip

1. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.
2. Innerhalb der Richtlinien der Politik leitet jeder Staatsminister seinen Geschäftsbereich selbständig und trägt dafür die Verantwortung.
3. Die Staatsregierung beschließt auf Vorschlag des Ministerpräsidenten die Geschäftsverteilung unter den Staatsministern und publiziert diese Geschäftsverteilung im Staatsgesetzblatt.
4. Die Staatsregierung beschließt über Gesetzesvorlagen, über Angelegenheiten, in denen die Verfassung oder ein Gesetz dies vorschreibt, über Meinungsverschiedenheiten in Angelegenheiten, die den Geschäftsbereich mehrerer Staatsminister berühren und über Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung.

Artikel 48 Verantwortlichkeit der Mitglieder der Staatsregierung

1. Die Mitglieder der Staatsregierung sind dem Landtag für ihre Geschäftsführung verantwortlich.
2. Der Landtag kann die Staatsregierung oder eines ihrer Mitglieder durch Misstrauensvotum aus ihrem Amt abberufen. Die Abstimmung über den Misstrauensantrag ist auf den übernächsten Werktag zu vertagen, wenn wenigstens ein Fünftel der anwesenden Abgeordneten dies verlangt.
3. Der Landtag kann gegen die Mitglieder der Staatsregierung wegen schuldhafter Rechtsverletzungen und strafgerichtlich zu verfolgender Handlungen beim Staatsgerichtshof Anklage erheben. Der Staatsgerichtshof kann sich bei geringfügigen Rechtsverletzungen auf die Feststellung der Rechtsverletzung beschränken; in allen anderen Fällen ist bei Verurteilung auf Verlust des Amtes zu erkennen.
4. Der Landtag kann Schadenersatzansprüche des Freistaates gegen die Mitglieder der Staatsregierung durch Beschluss geltend machen.
5. Eine Staatsregierung, die binnen vier Wochen nach der Wahl keine Geschäftsverteilung gemäß Artikel 47 Absatz 3 beschließt, ist durch Beschluss des Landtages ihres Amtes zu entheben.
6. Ein Beschluss nach den Absätzen 2, 3, 4 oder 5 kann nur gefasst werden, wenn wenigstens ein Drittel der Abgeordneten einen darauf gerichteten Antrag gestellt hat.

7. Dem Ministerpräsidenten kann der Landtag das Vertrauen nur dadurch entziehen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt. Verliert der Ministerpräsident sein Amt, scheidet auch seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder der Staatsregierung aus dem Amt.

Artikel 49

Funktionen des Ministerpräsidenten als Staatsoberhaupt

1. Der Ministerpräsident vertritt den Freistaat nach außen, empfängt und beglaubigt die Gesandten, genehmigt die Bestellung der fremden Konsuln, bestellt die konsularischen Vertreter des Freistaates im Ausland und schließt die Staatsverträge ab. Der Abschluss von Staatsverträgen bedarf der Genehmigung der Staatsregierung und des Landtages.
2. Der Ministerpräsident ernennt und entlässt unter Einhaltung der Garantien der richterlichen Unabhängigkeit die Richter, die Beamten und die sonstigen Funktionäre des Freistaates; er verleiht Amtstitel an diese; er schafft und verleiht Berufstitel und Ehrenzeichen des Freistaates. Diese Rechte können durch Gesetz geregelt, an besondere Voraussetzungen geknüpft und an andere Staatsbehörden zur Vorbereitung und Vollziehung übertragen werden.
3. Der Ministerpräsident übt das Begnadigungsrecht aus. Er kann die Vorbereitung und Vollziehung von leichteren Fällen mit Zustimmung der Staatsregierung auf andere Staatsbehörden übertragen. Ein allgemeiner Straferlass und eine allgemeine Niederschlagung anhängiger Strafverfahren (Amnestien) können nur durch Gesetz angeordnet werden.
4. Der Ministerpräsident kann uneheliche Kinder auf Ansuchen der Eltern zu ehelichen erklären. Inwieweit ihm außerdem noch Befugnisse hinsichtlich außerordentlicher Zuwendungen, Ernennungs- und Bestätigungsrechten und sonstige Personalangelegenheiten zustehen, bestimmen besondere Gesetze.

5. Abschnitt. Die Gesetzgebung

Artikel 50

Gesetzesvorlagen, Gesetzesbeschlüsse, Abstimmung nach Sprachgruppen

1. Gesetzesvorlagen werden von der Staatsregierung, aus der Mitte des Landtages oder vom Volk durch Volksbegehren eingebracht. Die näheren Bestimmungen über die Voraussetzung und die Form der Gesetzesvorlagen trifft die Geschäftsordnung des Landtages.
2. Alle Gesetze werden vom Landtag oder unmittelbar vom Volk im Wege der Volksabstimmung beschlossen.
3. Über Gesetzesvorlagen der Staatsregierung ist das Volk zu informieren und ein Begutachtungsverfahren durchzuführen, wenn nicht die besondere Dringlichkeit des Gesetzesvorhabens dies ausschließt. Im Begutachtungsverfahren sind die Gemeinden, die beruflichen Vertretungen und sonstige Einrichtungen zu hören, deren Interessen vom Gesetzentwurf berührt werden.
4. Wenn angenommen wird, dass ein Gesetzesvorschlag die Gleichheit der Rechte zwischen den Bürgern verschiedener Sprachgruppen oder die volkliche und kulturelle Eigenart der Sprachgruppen verletzt, so kann die Mehrheit einer Sprachgruppe im Landtag die Abstimmung nach Sprachgruppen verlangen.

5. Wird der Antrag auf getrennte Abstimmung nicht angenommen oder wird der Gesetzesvorschlag trotz der Gegenstimmen von zwei Dritteln der Abgeordneten jener Sprachgruppe beschlossen, die dem Antrag gestellt hat, so kann die Mehrheit dieser Sprachgruppe das Gesetz innerhalb von dreißig Tagen nach seiner Kundmachung aus den im vorigen Absatz genannten Gründen beim Staatsgerichtshof anfechten.
6. Die Anfechtung hat keine aufschiebende Wirkung.

Artikel 51 Volksbegehren

1. Alle Stimmberechtigten Bürger haben das Recht, durch ein Volksbegehren das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Das Volksbegehren muss von wenigstens 2000 in die Wählerverzeichnisse eingetragenen Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Wenn das Volksbegehren von Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe eingebracht wird, muss es mindestens von 1000 Wahlberechtigten unterstützt werden.
2. Das Volksbegehren muss einen in Artikel abgefassten Gesetzentwurf enthalten und von einem Bericht über Inhalt und Zweck der begehrten gesetzlichen Maßnahmen begleitet sein.
3. Das Volksbegehren ist beim Präsidenten des Landtages einzureichen. Er entscheidet nach Einholung der Stellungnahme der Staatsregierung unverzüglich über die Zulässigkeit. Hält er das Volksbegehren aus den Gründen des Artikel 50 Absatz 4 oder aus sonstigen Gründen für verfassungswidrig, entscheidet auf seinen Antrag der Staatsgerichtshof.
4. Der Landtag beschließt über das Volksbegehren, nachdem er den Antragstellern Gelegenheit zur Anhörung gegeben hat.

Artikel 52 Volksabstimmung, Volksbefragung

1. Stimmt der Landtag dem unveränderten Volksbegehren nicht zu, können die Antragsteller ein Volksbegehren mit dem Ziel in Gang setzen, über den Antrag eine Volksabstimmung durchzuführen. Der zur Abstimmung gestellte Gesetzentwurf kann von den Antragstellern abgeändert werden. In diesem Fall findet Artikel 51 Absatz 3 entsprechende Anwendung.
2. Eine Volksabstimmung über das Volksbegehren findet statt, wenn mindestens 8000 Wahlberechtigte oder ein Fünftel der Abgeordneten des Landtages den Antrag unterstützen. Der Landtag kann dem Antrag einen eigenen Gesetzentwurf als Alternative beifügen.
3. Über eine Verfassungsänderung (Artikel 54) findet eine Volksabstimmung statt, wenn ein Fünftel der Wahlberechtigten oder mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtages dies verlangt.
4. Eine Volksabstimmung zur Aufhebung von Staatsgesetzen findet statt, wenn 8000 Wahlberechtigte, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, diesen Antrag unterstützen. Wird die Aufhebung von Gesetzen verlangt, die die ladinische Sprachgruppe betreffen, genügen dafür mindestens 1000 Wahlberechtigte dieser Sprachgruppe.
5. Eine konsultative Volksbefragung findet statt, wenn die Staatsregierung diese über wichtige Angelegenheiten der Vollziehung anordnet. Über die Errichtung neuer Gemeinden, den Zusammenschluss, die Gebietsabgrenzung und die Benennung der Gemeinden hat eine konsultative Volksabstimmung in den betreffenden Gemeinden stattzufinden.

6. Die Initiative zur Einleitung eines Verfahrens der Volksabstimmung oder Volksbefragung kann von jedem wahlberechtigten Bürger ausgehen.

Artikel 53 Finanzvorbehalt, Wiederholung

1. Über Abgaben-, Besoldungs-, Haushalts- und Kreditgesetze finden Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksbefragung nicht statt.
2. Ein durch Volksabstimmung abgelehntes Volksbegehren kann frühestens nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages wieder in Gang gesetzt werden.
3. Das Nähere über Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksbefragung regelt ein Gesetz, in dem auch der Anspruch auf Erstattung der notwendigen Kosten geregelt wird.

Artikel 54 Verfassungsänderung

1. Die Verfassung kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändert oder ergänzt. Die Änderung darf den Grundsätzen der Artikel 1, 4, 9 und 30, den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts und den internationalen Verpflichtungen des Freistaates (Artikel 8 Absätze 2 und 3) nicht widersprechen.
2. Die Entscheidung, ob ein Abänderungsantrag der Verfassung zulässig ist, trifft auf Antrag der Staatsregierung oder eines Drittels der Abgeordneten des Landtages der Staatsgerichtshof.
3. Verfassungsändernde Gesetze oder verfassungsändernde Staatsverträge müssen als solche eigens gekennzeichnet sein und bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten des Landtages.

Artikel 55 Rechtsverordnungen

1. Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen kann nur durch Gesetz erteilt werden. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben.
2. Die zur Ausführung der Gesetze notwendigen allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden von der Staatsregierung erlassen, soweit Gesetze nichts anderes bestimmen.

Artikel 56 Ausfertigung, Veröffentlichung, Inkrafttreten

1. Die verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze werden vom Präsidenten des Landtages nach Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und des zuständigen Staatsministers ausgefertigt und vom Ministerpräsidenten im Staatsgesetzblatt längstens binnen Monatsfrist veröffentlicht. Wenn der Landtag die Dringlichkeit beschließt, müssen sie unverzüglich ausgefertigt und veröffentlicht werden.
2. Rechtsverordnungen der Staatsregierung werden vom Ministerpräsidenten und vom zuständigen Staatsminister, die übrigen Rechtsverordnungen von der erlassenden Stelle ausgefertigt und, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, im Staatsgesetzblatt veröffentlicht.
3. Gesetze und Rechtsverordnungen sollen den Tag bestimmen, an dem sie in Kraft treten. Fehlt diese Bestimmung treten Rechtsvorschriften mit dem Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie veröffentlicht werden.

6. Abschnitt. Die Rechtsprechung

Artikel 57

Gerichte, Richter, Mitwirkung des Volkes

1. Die Rechtsprechung wird im Namen des Volkes von den ordentlichen Gerichten und dem Staatsgerichtshof ausgeübt.
2. Die Verfassung und die Zuständigkeit der Gerichte werden durch Gesetz festgelegt.
3. Die Rechtsprechung in Zivil- und Strafrechtssachen wird von den ordentlichen Gerichten, die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit vom Staatsgerichtshof ausgeübt.
4. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die Besorgung einzelner Geschäfte der Gerichtsbarkeit erster Instanz in Zivilrechtssachen kann durch Gesetz besonders ausgebildeten nichtrichterlichen Staatsbediensteten (Rechtspfleger) übertragen werden, die dem zuständigen Richter untergeordnet und weisungsgebunden sind.
5. An der Rechtsprechung wirken Frauen und Männer aus dem Volk nach Maßgabe der Gesetze mit.
6. Die Gerichtssprachen sind deutsch und italienisch. Ihr Gebrauch im Einzelnen wird durch Gesetz näher geregelt. Bürger der ladinischen Sprachgruppe haben das Recht, vor Gericht ihre Aussagen auf ladinisch zu machen.

Artikel 58

Prozessuale Grundrechte

1. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sind unzulässig.
2. Vor Gericht hat jede Person Anspruch auf rechtliches Gehör. Soweit eine Person der Gerichtssprachen deutsch oder italienisch nicht mächtig ist, hat sie Anspruch auf unentgeltliche Beistellung eines Dolmetschers im Strafverfahren.
3. Im Strafverfahren gilt der Anklageprozess.
4. Jede Person hat Anspruch auf ein gerechtes, zügiges und öffentliches Verfahren und das Recht auf Verteidigung im Strafverfahren. Die Öffentlichkeit darf nur nach Maßgabe des Gesetzes ausgeschlossen werden.

Artikel 59

Unabhängigkeit der Richter

1. In der Gerichtsbarkeit herrscht eine feste Geschäftsverteilung, welche die Geschäfte unter die Richter für eine bestimmte Zeit im Voraus verteilt. Die einem Richter zufallende Sache darf ihm nur durch Verfügung des zuständigen Senates wegen seiner Verhinderung oder, wenn er wegen des Umfangs seiner Aufgaben an deren Erledigung in angemessener Frist verhindert ist, abgenommen werden.
2. In der Gerichtsverfassung wird die Altersgrenze bestimmt, nach deren Erreichung die Richter in den dauernden Ruhestand zu versetzen sind.
3. Im Übrigen dürfen Richter nur in den vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen auf Grund einer förmlichen richterlichen Entscheidung ihres Amtes entsetzt oder wider ihren Willen an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter unter Belassung ihres vollen Gehaltes an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amt entfernt werden.

4. Die zeitweilige Enthebung der Richter vom Amt darf nur durch Verfügung des Gerichtsvorstandes oder der höheren Gerichtsbehörde bei gleichzeitiger Verweisung der Sache an das zuständige Gericht stattfinden.
5. Die Ernennung, der Amtseid und die Rechtsstellung der Richter werden im Übrigen durch Gesetz geregelt. Dieses Gesetz hat auch vorzusehen, dass bei Ernennung und Anstellung der Richter ein richterlicher Senat mitzuwirken hat.
6. Die Verteilung der Richter und des nichtrichterlichen Personals auf die Sprachgruppen richtet sich nach den Grundsätzen des Artikel 66 Absatz 2.

Artikel 60 Staatsgerichtshof

1. Der Staatsgerichtshof entscheidet als Verwaltungsgericht über Beschwerden gegen Akte und Bescheide der öffentlichen Verwaltung wegen Rechtswidrigkeit und über Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht der Behörden. Beschwerde kann nur erheben, wer in seinen Rechten verletzt ist, nach Erschöpfung des Instanzenzuges oder wer vom Gesetz ausdrücklich zu einer Beschwerde ermächtigt ist.
2. Der Staatsgerichtshof entscheidet als Verfassungsgericht über
 - (a) Kompetenzkonflikte zwischen den ordentlichen Gerichten untereinander, mit Verwaltungsbehörden und mit dem Staatsgerichtshof auf Antrag einer der Konfliktparteien;
 - (b) Gesetzwidrigkeit von Rechtsverordnungen auf Antrag eines anwendenden Gerichtes oder einer Person, die behauptet durch die Gesetzwidrigkeit unmittelbar in ihren Rechten verletzt zu sein;
 - (c) Verfassungswidrigkeit von Gesetzen auf Antrag der Staatsregierung, eines anwendenden Gerichtes oder einer Person, die behauptet durch die Verfassungswidrigkeit unmittelbar in ihren Rechten verletzt zu sein;
 - (d) Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen auf Antrag der im vorigen Punkt Genannten;
 - (e) Anfechtung von Wahlen auf Antrag der Wahlparteien und auf Mandatsverlust eines Abgeordneten auf Antrag des Landtages;
 - (f) die in dieser Verfassung vorgesehenen Anfechtungsmöglichkeiten;
 - (g) alle sonstigen staatsrechtlichen Streitigkeiten zwischen obersten Staatsorganen und alle weiteren durch Gesetz zugewiesenen Angelegenheiten.
3. Der Staatsgerichtshof besteht aus mindestens neun Richtern, die nach Maßgabe ihrer Stärke im Landtag den drei Sprachgruppen angehören müssen. Der Präsident wird für jeweils zwei Jahre abwechselnd aus den Sprachgruppen von den Richtern gewählt. Das Gesetz regelt die Zuständigkeit und die Zusammensetzung der Senate und die Fälle, in denen ein Einzelrichter entscheidet.
4. Die Richter des Staatsgerichtshofes werden vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit auf Grund von Dreivorschlägen der Vollversammlung des Staatsgerichtshofes für eine Funktionsperiode von neun Jahren gewählt. Die Richter des Staatsgerichtshofes sind unabhängige Berufsrichter im Sinne des Artikel 59.

7. Abschnitt. Die Verwaltung

Artikel 61 Träger der Verwaltung

1. Die Verwaltung wird durch die Staatsregierung, durch die ihr unterstellten Behörden und Ämter und durch die Träger der Selbstverwaltung ausgeübt. Sie ist dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet und dient dem Menschen.
2. Verfassungsmäßige Träger der Selbstverwaltung sind die Gemeinden und die Gemeindeverbände. Ihnen ist das Recht gewährleistet, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung zu regeln.
3. Andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sind nach Maßgabe der Gesetze Träger der Selbstverwaltung.

Artikel 62 Verwaltungsorganisation

1. Aufbau, räumliche Gliederung und Zuständigkeiten der Landesverwaltung, einschließlich der Sicherheitspolizei und ihrer Wachkörper, werden durch Gesetz geregelt. Aufgaben, die von nachgeordneten Verwaltungsbehörden zweckmäßig erfüllt werden können, sind diesen zuzuweisen.
2. Die Einrichtung der staatlichen Behörden, Ämter und Dienststellen im Einzelnen obliegt der Staatsregierung. Sie kann Staatsminister hierzu ermächtigen.
3. Oberste Sicherheitsbehörde ist der Staatsminister für Inneres. Ihm sind die Polizeidirektion und die örtlichen Polizeidienststellen als Sicherheitsbehörden nachgeordnet. Sind Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum von Menschen gegenwärtig gefährdet oder steht eine solche Gefährdung unmittelbar bevor, so sind die Sicherheitsbehörden, ungeachtet der Zuständigkeit einer anderen Behörde zur Abwehr der Gefahr, bis zum Einschreiten der jeweils zuständigen Behörde zur ersten allgemeinen Hilfeleistung zuständig.
4. Der Einsatz nachrichtentechnischer Mittel und anderer polizeilicher Befugnisse durch die Sicherheitsbehörden unterliegt einer Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane, soweit dieser Einsatz nicht der richterlichen Kontrolle unterliegt. Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Artikel 63 Kommunale Selbstverwaltung

1. Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die Träger öffentlicher Aufgaben, soweit nicht bestimmte Aufgaben im öffentlichen Interesse durch Gesetz anderen Stellen übertragen sind. Die Gemeindeverbände haben innerhalb ihrer Zuständigkeit die gleiche Stellung. Gemeinden und Gemeindeverbände sind selbständige Wirtschaftskörper.
2. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden kann durch Gesetz die Erledigung von Verwaltungsaufgaben übertragen werden, die sie zweckmäßig und bürgernahe erfüllen können. Das Gesetz hat die Finanzierung dieser Aufgaben und das Weisungsrecht der übergeordneten Staatsbehörden zu regeln.
3. In Gemeinden müssen die Bürger eine gewählte Vertretung haben. In kleineren Gemeinden kann an deren Stelle die Gemeindeversammlung der Gemeindebürger treten. Die Gemeindebürger wirken an der Gemeindeverwaltung mit. Nähere Regelungen trifft das Gesetz über die Gemeindeordnung.

4. Der Freistaat überwacht die Gesetzmäßigkeit der Gemeindeverwaltung und die finanzielle Gebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Hinblick auf ihre Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.
5. Aufgaben der Gemeinden, die in besonderer Weise überörtliche Interessen berühren, können durch Gesetz an eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden werden.

Artikel 64 Kommunaler Finanzausgleich

1. Der Freistaat sorgt dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben der Selbstverwaltung erfüllen können.
2. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht eigene Steuern und Gebühren nach Maßgabe der Gesetze zu erheben und einen eigenen Haushalt in Selbstverantwortung zur Finanzierung ihrer Aufgaben zu beschließen. Veräußerung und Belastungen des Gemeindevermögens durch Anleihen und Darlehen dürfen Gemeinden (Gemeindeverbände) nur auf Grund gesetzlicher Ermächtigung mit Zustimmung des Staatsministers für Finanzen durchführen.
3. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit und in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung an den Steuereinnahmen des Freistaates im Rahmen eines überkommunalen Finanzausgleichs beteiligt, der durch Gesetz zu regeln ist.

Artikel 65 Kommunale Verfassungsbeschwerde

1. Gemeinden und Gemeindeverbände können wegen Verletzung des Rechtes auf Selbstverwaltung gemäß Artikel 61 Absatz 2 oder der Bestimmungen der Artikel 63 und 64 durch Gesetz oder Verwaltungsakt Beschwerde an den Staatsgerichtshof erheben, der die verfassungswidrige Regelung oder Maßnahme behebt.
2. Im Rahmen ihrer privatrechtlichen Tätigkeit als selbständige Wirtschaftskörper sind Gemeinden und Gemeindeverbände Grundrechtsträger als juristische Personen.

Artikel 66 Grundsätze des öffentlichen Dienstes

1. Der Zugang zu den Stellen der öffentlichen Verwaltung erfolgt durch einen öffentlichen Wettbewerb, soweit das Gesetz nicht Ausnahmen vorsieht.
2. Die Stellen in den Stellenplänen werden nach Verwaltung und Laufbahn gegliedert, Bürgern jeder der drei Sprachgruppen vorbehalten, und zwar im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen, wie sie aus den bei der amtlichen Volkszählung abgegebenen Zugehörigkeitserklärungen hervorgeht. Diese Regelung gilt auch für die Richter, Staatsanwälte und nichtrichterlichen Bediensteten der Justizverwaltung.
3. Alle Bürger haben nach ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Auf die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau ist insbesondere auch durch Beseitigung tatsächlich bestehender Ungleichheiten zu achten.
4. Die Bediensteten des Freistaates und der Träger der Selbstverwaltung haben ihr Amt und ihre Aufgaben unparteiisch, ohne Ansehen der Person, nach sachlichen Gesichtspunkten und gerecht auszuüben. Sie leisten bei Amtsantritt den gesetzlich geregelten Amtseid und sind für Verletzung ihrer Dienstpflichten rechtlich verantwortlich. Für schuldhaft verursachte Schäden haften sie dem Freistaat oder

dem Träger der Selbstverwaltung nach den Grundsätzen der gesetzlich geregelten Organhaftpflicht.

5. Der Freistaat und die Träger der Selbstverwaltung haften für Schäden, den die als ihre Organe handelnden Personen durch ein rechtswidriges Verhalten wem immer schuldhaft zugefügt haben (Staats- und Amtshaftung). Die Schäden sind im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

8. Abschnitt. Das Finanzwesen

Artikel 67 Haushaltsplan

1. Alle Einnahmen und Ausgaben des Freistaates sind in den Haushaltsplan einzustellen; bei Staatsbetrieben und bei Sondervermögen brauchen nur die Zuführungen oder Ablieferungen eingestellt zu werden. Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.
2. Der Haushaltsplan wird für ein Rechnungsjahr oder mehrere Rechnungsjahre, nach Jahren getrennt, durch das Haushaltsgesetz festgestellt. Die Feststellung soll vor Beginn des Rechnungsjahres, bei mehreren Rechnungsjahren vor Beginn des ersten Rechnungsjahres, erfolgen.
3. In das Haushaltsgesetz dürfen nur Vorschriften aufgenommen werden, die sich auf die Einnahmen und die Ausgaben des Freistaates und auf den Zeitraum beziehen, für den das Haushaltsgesetz beschlossen wird. Das Haushaltsgesetz kann vorschreiben, dass die Vorschriften erst mit der Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes oder bei Ermächtigungen nach Artikel 69 zu einem späteren Zeitpunkt außer Kraft treten.
4. Die Schulden sind in einer Anlage des Haushaltsplanes nachzuweisen und dürfen das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht des Freistaates nicht gefährden. Ob dies der Fall ist, entscheidet auf Antrag eines Drittels der Abgeordneten der Rechnungshof.

Artikel 68 Funktionen des Haushaltsplanes

1. Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfes, der zur Erfüllung der Aufgaben des Freistaates im Zeitraum, für den der Haushaltsplan aufgestellt ist, voraussichtlich notwendig ist. Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.
2. Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes sowie den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung zu tragen.
3. Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.
4. Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

Artikel 69 Kredite, Gewährleistungen

Die Aufnahme von Krediten sowie jede Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, bedürfen einer Ermächtigung durch Gesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Artikel 70 Haushaltsüberschreitungen

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen bedürfen der Zustimmung des Staatsministers für Finanzen. Sie darf nur im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Die Genehmigung des Landtages ist nachträglich einzuholen. Näheres kann durch Gesetz bestimmt werden.

Artikel 71 Zustimmung der Staatsregierung

1. Beschlüsse des Landtages, welche die im Haushaltplan festgesetzten Ausgaben erhöhen oder neue Ausgaben mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Staatsregierung. Das gleiche gilt für Beschlüsse des Landtages, die Einnahmevermindernungen mit sich bringen. Die Deckung muss gesichert sein.
2. Die Staatsregierung kann verlangen, dass der Landtag die Beschlussfassung nach Absatz 1 aussetzt. In diesem Fall hat die Staatsregierung innerhalb von sechs Wochen dem Landtag eine Stellungnahme zuzuleiten.

Artikel 72 Vorläufige Haushaltsführung

1. Ist bis zum Schluss eines Jahres weder der Haushaltsplan für das folgende Jahr festgestellt worden noch ein Nothaushaltsgesetz erlassen, so kann bis zur gesetzlichen Regelung die Staatsregierung diejenigen Ausgaben leisten, die nötig sind, um
 1. gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen,
 2. die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Freistaates zu erfüllen,
 3. Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.
2. Soweit die auf besonderem Gesetz beruhenden Einnahmen aus Steuern, Abgaben und sonstigen Quellen oder die Betriebsmittlrücklage die in Absatz 1 genannten Ausgaben nicht decken, kann die Staatsregierung den für eine geordnete Haushaltsführung erforderlichen Kredit beschaffen. Dieser darf ein Viertel der Endsumme des letzten Haushaltsplanes nicht übersteigen.

Artikel 73 Rechnungslegung

Der Staatsminister für Finanzen hat den Landtag über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die Veränderung des Vermögens und der Schulden des Freistaates zur Entlastung der Staatsregierung jährlich Rechnung zu legen.

Artikel 74 Rechnungsprüfung, Rechnungshof

1. Die Rechnung sowie die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes werden durch den Rechnungshof geprüft. Er ist eine unabhängige Staatsbehörde.
2. Mitglieder sind der Präsident, der Vizepräsident und die Leiter der Prüfungsabteilungen. Sie besitzen die gleiche Unabhängigkeit wie die Richter.
3. Der Präsident des Rechnungshofes wird vom Landtag auf Vorschlag des Ministerpräsidenten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Der Vizepräsident wird vom Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Präsidenten des Rechnungshofes mit Zustimmung des Landtages ernannt.
4. Der Rechnungshof berichtet jährlich unmittelbar dem Landtag und unterrichtet gleichzeitig die Staatsregierung.
5. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

9. Abschnitt. Das Bildungswesen

Artikel 75 Erziehungsziele

1. Die Jugend ist zur Ehrfurcht vor allem Lebendigen, zur Nächstenliebe, zum Frieden und zur Erhaltung der Umwelt, zur Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des Anderen, zu beruflichem Können, zu sozialem Handeln und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen.
2. Das natürliche Recht der Eltern, Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. Es ist insbesondere bei dem Zugang zu den verschiedenen Schularten zu achten.

Artikel 76 Schulwesen

1. Der Freistaat gewährleistet das Recht auf Schulbildung. Es besteht allgemeine Schulpflicht.
2. Für die Bildung der Jugend sorgen Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft.
3. Das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft wird gewährleistet. Nehmen solche Schulen die Aufgaben von Schulen in öffentlicher Trägerschaft wahr, bedürfen sie der Genehmigung des Freistaates. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn sie in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den Schulen in öffentlicher Trägerschaft zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

4. Unterricht und Lernmittel an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft sind unentgeltlich. Soweit Schulen in freier Trägerschaft, welche die Aufgaben von Schulen in öffentlicher Trägerschaft wahrnehmen, eine gleichartige Befreiung gewähren, haben sie Anspruch auf finanziellen Ausgleich.
5. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Artikel 77 Aufsicht über das Schulwesen

1. Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Freistaates.
2. Bei den Schulaufsichtsbehörden können ehrenamtlich tätige Beiräte gebildet werden.
3. Prüfungen, durch die eine öffentlich anerkannte Berechtigung erworben werden soll, müssen vor den hierfür zuständigen Staatsbehörden oder den vom Freistaat hierzu ermächtigten Stellen abgelegt werden.

Artikel 78 Mitwirkung von Eltern und Schülern

1. Eltern und Schüler haben das Recht, durch gewählte Vertreter an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule mitzuwirken.
2. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Artikel 79 Ethikunterricht, Religionsunterricht

1. Ethikunterricht und Religionsunterricht sind an den Schulen mit Ausnahme der bekenntnisgebundenen und bekenntnisfreien Schulen ordentliche Lehrfächer. Bis zum Eintritt der Religionsmündigkeit entschieden die Erziehungsberechtigten in welchem dieser Fächer ihr Kind unterrichtet wird.
2. Der Religionsunterricht wird unbeschadet des allgemeinen Aufsichtsrechtes des Freistaates nach den Grundsätzen der Kirchen und Religionsgemeinschaften erteilt. Die Lehrer bedürfen zur Erteilung des Religionsunterrichtes der Bevollmächtigung durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Diese haben das Recht, im Benehmen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde die Erteilung des Religionsunterrichtes zu beaufsichtigen.
3. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

Artikel 80 Berufsbildung

Die Berufsbildung findet in den praktischen Ausbildungsstätten und in den beruflichen Schulen statt. Das Land fördert das Berufsschulwesen.

Artikel 81 Universitäten

1. Die Universität ist frei in Forschung und Lehre
2. Die Universität hat unbeschadet der Aufsicht des Freistaates das Recht auf eine ihrem besonderen Charakter entsprechende Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze und ihrer vom Freistaat anerkannten Satzungen. An dieser Selbstverwaltung sind auch die Studierenden zu beteiligen.
3. Bei der Berufung des Lehrkörpers wirkt die Universität durch Ausübung des Vorschlagsrechtes mit.
4. Universitäten in freier Trägerschaft sind zulässig. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Artikel 82 Erwachsenenbildung

1. Die Erwachsenenbildung ist zu fördern.
2. Einrichtungen der Erwachsenenbildung können außer durch den Freistaat und die Träger der Selbstverwaltung auch durch freie Träger unterhalten werden.

Artikel 83 Europäische Akademie

1. Der Freistaat bekennt sich zur Trägerschaft der Europäischen Akademie in Bozen als besondere Forschungseinrichtung.
2. Ihre Organisation und ihre Forschungsaufgaben werden unter Wahrung des Grundsatzes der Freiheit wissenschaftlicher Forschung durch Gesetz geregelt. Dabei ist der Mehrsprachigkeit des Freistaates (Art 4) angemessen zu entsprechen.

Artikel 84 Sprachenrechte im Bildungswesen

1. Der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen wird in der Muttersprache der Kinder, das heißt in deutscher und italienischer Sprache, von Lehrkräften erteilt, für welche die betreffende Sprache ebenfalls Muttersprache ist. In den Grundschulen, von der zweiten oder dritten Klasse an, je nachdem, wie es gesetzlich auf bindenden Vorschlag der betreffenden Sprachgruppe festgelegt wird, und in den Sekundarschulen ist der Unterricht der zweiten Sprache Pflicht; er wird von Lehrkörpern erteilt, für die diese Sprache Muttersprache ist.
2. Die ladinische Sprache wird in den Kindergärten verwendet und in den Grundschulen der ladinischen Ortschaften gelehrt. Dort dient diese Sprache auch als Unterrichtssprache in den Schulen jeder Art und jeden Grades. In diesen Schulen wird der Unterricht auf der Grundlage gleicher Stundenzahl und gleichen Enderfolges wie in Italienisch und Deutsch erteilt.
3. Die Einschreibung der Schüler in die Schulen erfolgt auf Grund eines einfachen Gesuches der Erziehungsberechtigten. Gegen die Verweigerung der Einschreibung ist die Beschwerde an den Staatsgerichtshof zulässig.
4. Die deutsche, italienische und ladinische Sprachgruppe sind im Landesschulrat und im Landesdisziplinarrat für die Lehrer vertreten. Die Vertreter der Lehrkräfte im Landesschulrat werden vom Lehrpersonal im Verhältnis zur Zahl der Lehrkräfte der einzelnen Sprachgruppen durch Wahl bestimmt. Die Zahl der Vertreter der

ladinischen Sprachgruppe darf jedenfalls nicht weniger als drei betragen. Die Aufgaben des Landesschulrates werden durch Gesetz festgelegt, wobei er jedenfalls bei Errichtung und Auflassung von Schulen, bei der Erstellung von Programmen und Stundenpläne, bei der Festlegung der Unterrichtsfächer und deren Zusammenfassung in Fachgruppen zu hören ist.

5. Bei der Ernennung der Schulamtsleiter durch den zuständigen Staatsminister können die Sprachgruppen Dreivorschläge für die Schulamtsleiter der Schulen mit ihrer Unterrichtssprache erstatten. Die Zuständigkeiten der Schulamtsleiter werden durch Gesetz bestimmt.
6. In den Einrichtungen der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung ist der Mehrsprachigkeit des Freistaates durch ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten in der Muttersprache Rechnung zu tragen.
7. Die Universität bestimmt ihre Unterrichtssprache entsprechend dem Inhalt der Lehrveranstaltungen nach den Grundsätzen der Lehr- und Lernfreiheit im autonomen Wirkungsbereich. Dabei ist auf Mehrsprachigkeit des Freistaates (Artikel 4) und die internationale Verflechtung der akademischen Forschung und Lehre Bedacht zu nehmen.

10. Abschnitt. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Artikel 85

Die Autonomie der Kirchen und Religionsgesellschaften

1. Die Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens wird anerkannt.
2. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind vom Staat getrennt. Sie entfalten sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes frei von staatlichen Eingriffen. Die Beziehungen des Freistaates zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften werden im Übrigen durch Vertrag geregelt.
3. Die soziale und karitative Arbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften wird gewährleistet.
4. Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des Vereins- und Gesellschaftsrechts.
5. Die Religionsgesellschaften, die bisher schon Körperschaften öffentlichen Rechts waren, bleiben solche. Anderen Religionsgesellschaften ist nach Maßgabe des Gesetzes diese Rechtsstellung zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl der Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten und den allgemeinen Staatsgesetzen entsprechen.

Artikel 86

Gemeinnützige Einrichtungen, Lehrinrichtungen, Staatszuschüsse

1. Werden durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Interesse liegende gemeinnützige Einrichtungen oder Anstalten unterhalten, so besteht Anspruch auf angemessene Kostenerstattung durch das Land nach Maßgabe der Gesetze.

2. Freie Träger mit vergleichbarer Tätigkeit und gleichwertigen Leistungen haben den gleichen Anspruch.
3. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind berechtigt, zur Ausbildung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern eigene Lehreinrichtungen zu unterhalten. Diese sind staatlichen Lehreinrichtungen gleichgestellt, wenn sie den schul- und hochschulrechtlichen Bestimmungen entsprechen.
4. Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Leistungen an die Kirchen werden gewährleistet.
5. Die Baudenkmale der Kirchen und Religionsgemeinschaften sind, unbeschadet des Eigentumsrechtes, Kulturgut der Allgemeinheit. Für ihre bauliche Unterhaltung haben die Kirchen und Religionsgemeinschaften daher Anspruch auf angemessene Kostenerstattung durch das Land nach Maßgabe der Gesetze.
6. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.
7. Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Schulen, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

11. Abschnitt. Übergangbestimmungen

Artikel 87 Rechtsüberleitung, Staatsbürgerschaft

1. Alle mit dem Bestand eines unabhängigen Freistaates Südtirol oder mit den Vorschriften dieser Verfassung unvereinbaren Rechtsvorschriften werden aufgehoben. Die Staatsregierung stellt mittels Kundmachung fest, welche Rechtsvorschriften im Sinne des Absatz 1 als aufgehoben zu gelten haben. Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden sind an diese Feststellung gebunden.
2. Alle übrigen Rechtsvorschriften, die bis zum Inkrafttreten dieser Verfassung in der autonomen Provinz Bozen-Südtirol in Geltung standen, werden bis zur Neugestaltung der einzelnen Rechtsgebiete als Rechtsvorschriften des Freistaates in vorläufige Geltung gesetzt.
3. Die Staatsregierung wird ermächtigt, die gemäß Absatz 2 übergeleiteten Rechtsvorschriften unter Bedachtnahme auf die geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse entsprechend dieser Verfassung zum Zweck der formalen Neuordnung und Vereinheitlichung der Rechtsordnung neu kundzumachen.
4. Staatsbürger des Freistaates werden alle im Staatsgebiet (Artikel 2 Absatz 1) ansässigen italienischen Staatsbürger, soweit sie nicht durch einfache Erklärung binnen eines Jahres auf diese Staatsbürgerschaft verzichten. Das Nähere bestimmt das Staatsbürgerschaftsgesetz.
5. Voraussetzung für das passive Wahlrecht zur Wahl des ersten Landtages ist neben der Vollendung des 18. Lebensjahres eine vierjährige Ansässigkeit im Freistaat. Diese Regelung gilt die ersten vier Jahre auch im Falle von Neuwahlen.

Artikel 88 Inkrafttreten

1. Diese Verfassung wird vom Südtiroler Landtag, der sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechts als Provisorischer Landtag des Freistaates Südtirol konstituiert, mit Zweidrittelmehrheit beschlossen.
2. Der Landesausschuss der Provinz Bozen-Südtirol konstituiert sich als Provisorische Staatsregierung.
3. Die Mehrheit der Abgeordneten der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppe muss dieser Verfassung zustimmen.
4. Ein Drittel der Abgeordneten des Provisorischen Landtages kann den Antrag stellen, über diese Verfassung eine Volksabstimmung durchzuführen.
5. Die Verfassung wird vom Präsidenten des Provisorischen Landtages ausgefertigt und unter Gegenzeichnung der beiden Vizepräsidenten im Staatsgesetzblatt kundgemacht. Im Falle einer Volksabstimmung hat die Kundmachung unter Berufung auf die Zustimmung des Volkes zu erfolgen; bei negativem Ausgang der Volksabstimmung hat die Kundmachung zu unterbleiben.
6. Die Verfassung tritt am Tag nach ihrer Kundmachung im Staatsgesetzblatt in Kraft.
7. Die Provisorische Staatsregierung hat unmittelbar nach Inkrafttreten der Verfassung Neuwahlen zum Landtag auszuschreiben. Artikel 41 Absatz 4 der Verfassung findet sinngemäß Anwendung.
8. Nach dem Inkrafttreten dieser Verfassung ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen dem Freistaat und Italien über die Übernahme staatlicher Bediensteter und eine Vermögensauseinandersetzung staatlicher Einrichtungen, die Schutzmachtstellung Italiens gegenüber der italienischen Sprachgruppe und die Sicherung der Rentenansprüche der Bürger des Freistaates abzuschließen.

2. Auflage



**„Man muss das Unmögliche versuchen,
um das Mögliche zu erreichen“**

Hermann Hesse

www.die-freiheitlichen.com

www.facebook.com/diefreiheitlichen



Costituzione dello Stato Libero del Sudtirolo

2a edizione

Freistaat Südtirol
Stato Libero Sudtirolo
Stat liede Südtirol

em. o.Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler

Costituzione dello Stato Libero del Sudtirolo

Commitente:

Die Freiheitlichen - Sudtirolo

Impressum:

Bozza della costituzione: em. o.Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler, Innsbruck - 2012

Commitente:

Gruppo consiliare „Die Freiheitlichen“ Sudtirolo

Contatto:

www.die-freiheitlichen.com

info@die-freiheitlichen.com

Seconda edizione 2013

Indice

<i>I. Sezione. I Fondamenti dello Stato.....</i>	12
Articolo 1	
Forma di Stato, potere statale.....	12
Articolo 2	
Territorio dello Stato.....	13
Articolo 3	
Capitale, simboli dello Stato.....	13
Articolo 4	
Popolo, gruppi linguistici.....	13
Articolo 5	
Obiettivi e principi dell'azione statale.....	13
Articolo 6	
Tutela del matrimonio, della famiglia, dell'infanzia e della gioventù	14
Articolo 7	
Arte, cultura e sport.....	14
Articolo 8	
Cooperazione transfrontaliera, rapporti internazionali.....	15
<i>II. Sezione. Libertà fondamentali e diritti dell'uomo</i>	15
Articolo 9	
Dignità dell'uomo	15
Articolo 10	
Il libero dispiegamento della personalità.....	15
Articolo 11	
Integrità fisica.....	15
Articolo 12	
Limitazione e privazione della libertà	15
Articolo 13	
Uguaglianza	16
Articolo 14	
Libertà di fede, di coscienza e di culto	16
Articolo 15	
Libertà di opinione, di informazione, dei media, divieto di censura.....	16

Articolo 16	
Arte, scienza	16
Articolo 17	
Libertà di riunione	17
Articolo 18	
Libertà di associazione.....	17
Articolo 19	
Libertà di coalizione.....	17
Articolo 20	
Diritto di rappresentanza del personale.....	17
Articolo 21	
Segretezza della corrispondenza, segreto postale e delle telecomunicazioni.....	17
Articolo 22	
Professione, posto di lavoro, lavoro.....	17
Articolo 23	
Libertà dell'istruzione e della formazione	18
Articolo 24	
Inviolabilità del domicilio	18
Articolo 25	
Proprietà e diritto di successione	18
Articolo 26	
Esproprio	18
Articolo 27	
Tutela dei dati personali	18
Articolo 28	
Informazione sui dati ambientali.....	19
Articolo 29	
Diritto di petizione.....	19
Articolo 30	
Natura vincolante dei diritti fondamentali	19
Articolo 31	
Limitazione dei diritti fondamentali, applicazione alle persone giuridiche	19

Articolo 32	
Garanzia della tutela giurisdizionale.....	19
III. Sezione. L'Assemblea legislativa	20
Articolo 33	
Ruolo, funzioni, mandato libero.....	20
Articolo 34	
Composizione, elezione.....	20
Articolo 35	
Assunzione del mandato, perdita del mandato, convalida degli eletti	21
Articolo 36	
Regolamento interno.....	21
Articolo 37	
Presidente, vicepresidenti.....	21
Articolo 38	
Sedute dell'Assemblea legislativa	22
Articolo 39	
Pubblicità delle sedute, immunità	22
Articolo 40	
Deliberazioni, elezioni, commissioni.....	22
Articolo 41	
Scioglimento.....	22
Articolo 42	
Immunità dei membri dell'Assemblea	23
Articolo 43	
Obbligo d'informazione del Governo.....	23
IV. Sezione. Il Governo.....	24
Articolo 44	
Compiti, composizione	24
Articolo 45	
Formazione del Governo	24
Articolo 46	
Stato giuridico dei membri del Governo	25

Articolo 47	
Potere di direttiva, autonomia dei dicasteri e principio di collegialità	25
Articolo 48	
Responsabilità dei membri del Governo.....	25
Articolo 49	
Funzioni del presidente del Consiglio come capo dello Stato	26
<i>V. Sezione. La formazione delle leggi</i>	26
Articolo 50	
Proposte di legge, approvazione delle leggi, votazione per gruppi linguistici	26
Articolo 51	
Iniziativa popolare	27
Articolo 52	
Referendum popolare approvativo e consultivo	27
Articolo 53	
Esclusione delle norme finanziarie, reiterazione	27
Articolo 54	
Modifica della Costituzione.....	28
Articolo 55	
Regolamenti	28
Articolo 56	
Promulgazione, pubblicazione, entrata in vigore	28
<i>VI. Sezione. Il potere giurisdizionale</i>	29
Articolo 57	
Tribunali, giudici, partecipazione del popolo	29
Articolo 58	
Diritti fondamentali di natura processuale	29
Articolo 59	
Indipendenza dei giudici	30
Articolo 60	
Corte di Stato	30

VII. Sezione. L'amministrazione	31
Articolo 61	
Organi dell'amministrazione.....	31
Articolo 62	
Organizzazione dell'amministrazione.....	31
Articolo 63	
Amministrazione autonoma dei Comuni	31
Articolo 64	
Perequazione finanziaria a livello comunale	32
Articolo 65	
Ricorso di costituzionalità dei Comuni	32
Articolo 66	
Principi del servizio pubblico.....	32
VIII. Sezione. Le finanze.....	33
Articolo 67	
Il bilancio	33
Articolo 68	
Funzioni del bilancio.....	33
Articolo 69	
Crediti, garanzie.....	34
Articolo 70	
Sforamento del bilancio	34
Articolo 71	
Approvazione del Governo	34
Articolo 72	
Esercizio provvisorio del bilancio	34
Articolo 73	
Rendiconto	35
Articolo 74	
Controllo contabile, Corte dei Conti.....	35

IX. Sezione. L'istruzione	35
Articolo 75	
Obiettivi dell'istruzione	35
Articolo 76	
Scuola	35
Articolo 77	
Vigilanza sulle scuole	36
Articolo 78	
Partecipazione di genitori e alunni.....	36
Articolo 79	
Insegnamento di etica, insegnamento della religione	36
Articolo 80	
Formazione professionale	36
Articolo 81	
Università	37
Articolo 82	
Formazione degli adulti.....	37
Articolo 83	
Accademia Europea	37
Articolo 84	
Diritti linguistici nell'istruzione	37
X. Sezione. Chiese e comunità religiose.....	38
Articolo 85	
L'autonomia delle chiese e delle comunità religiose	35
Articolo 86	
Istituzioni di pubblica utilità, istituti didattici, contributi statali	39
XI. Sezione. Disposizioni transitorie.....	39
Articolo 87	
Disposizioni transitorie, cittadinanza	39
Articolo 88	
Entrata in vigore	40

La storia del Sudtirolo: dall'autonomia al progetto di pace dello Stato libero

- Nel 1363 Margarethe „Maultasch“ cede la Contea del Tirolo al Casato degli Asburgo. Così il Tirolo diviene austriaco.
- Fino al 1919 il Tirolo rimane austriaco con brevi interruzioni in seguito alle guerre napoleoniche. La popolazione è maggioritariamente di lingua tedesca e ladina e per il 3% di lingua italiana.
- Nel 1919 la parte meridionale del Tirolo viene separata contro la sua volontà dall'Austria dal Trattato di Pace di Saint Germain e annessa all'Italia. Ai Sudtirolesi viene negato il diritto all'autodeterminazione, restano quindi un bottino di guerra dell'Italia. I sudtirolesi non si vedono riconoscere poteri autonomi.
- Nel 1922 con la conquista del potere da parte del fascismo si punta all'italianizzazione del Sudtirolo che viene portata avanti con misure di repressione (divieto della scuola in lingua tedesca, dell'iscrizione di cognomi tedeschi anche sulle lapidi funerarie, dei nomi dei masi, di indossare gli abiti tradizionali, di esporre la nostra bandiera) e con l'immigrazione.
- Nel 1939 vengono concordate le cosiddette "opzioni", cioè un accordo tra la Germania di Hitler e l'Italia, in base al quale i Sudtirolesi di lingua tedesca e ladina dovevano lasciare la loro terra per recarsi in Austria o in Germania. Chi non partiva veniva minacciato di deportazione in Sicilia. Lo scoppio della seconda guerra mondiale blocca le opzioni e con esse le partenze degli altoatesini.
- Nel 1946 le potenze vincitrici della seconda Guerra Mondiale negano ai sudtirolesi il diritto all'autodeterminazione. Si giunge invece nel 1946 al "Trattato di Parigi" che concede ai sudtirolesi uno Statuto di Autonomia, inteso a proteggerli come minoranza di lingua tedesca e ladina.
- Inizia la lotta per l'autonomia, il primo Statuto di Autonomia rimane, infatti, privo di efficacia. L'Italia democratica prosegue apertamente con la propria politica di italianizzazione, l'identità dei sudtirolesi è minacciata. L'Austria ricorre all'ONU per la questione Sudtirolese. I negoziati con l'Italia rimangono però privi di esito. Le promesse vengono ripetutamente infrante.
- Nel 1961 scoppia la resistenza sudtirolese. Un nutrito gruppo di cittadini sudtirolesi fa esplodere nella domenica del Corpus Domini 50 piloni della corrente e altri impianti. Le vite umane vengono volutamente risparmiate da questi combattenti per la libertà. Grazie a questa iniziativa – denominata anche la "notte dei fuochi" – l'interesse internazionale si concentra sul Sudtirolo e cresce la pressione esercitata sull'Italia. Si hanno poi importanti trattative con l'Italia.
- Nel 1969 il congresso della SVP approva a Merano il risultato delle trattative con l'Italia – il cosiddetto "pacchetto". Il secondo Statuto di Autonomia entra in vigore nel 1972, pur venendo attuato solo 20 anni dopo.
- Nonostante tutti i suoi pregi l'attuale autonomia risulta incompleta e limitata. I tre gruppi linguistici del Sudtirolo convivono oggi pacificamente e uno Stato libero indipendente rappresenta – in riferimento al diritto all'autodeterminazione riconosciuto a livello internazionale – una prospettiva futura per i tedeschi, gli italiani e i ladini del Sudtirolo, oltre che una soluzione istituzionale permanente ed europea per la nostra patria.

Il Sudtirolo in confronto:

Sudtirolo:



Superficie: 7.400 km²

Abitanti: 511.750 (31 dicembre 2011)

Gruppi etnici: tedesco: 69.41%, italiano: 26.06%, ladino: 4.53%

Numero dei Comuni: 116

Città: Bolzano, Bressanone, Brunico, Glorenza, Chiusa, Laives, Merano, Vipiteno.

Liechtenstein:



Superficie: 160 km²

Abitanti: 36.476 (31 dicembre 2011)

Indipendenza: dal 1806

Valuta: franco svizzero

Lussemburgo:



Superficie: 2.586 km²

Abitanti: 524.853 (31 dicembre 2012)

Indipendenza: dal 1839

Valuta: euro

Montenegro:



Superficie: 13.812 km²

Abitanti: 625.266 (aprile 2011)

Indipendenza: dal 2006

Valuta: euro

Kosovo:



Superficie: 10.887 km²

Abitanti: ca. 1.800.000

Indipendenza: dal 2008

Valuta: euro

Fiandre:



Superficie: 13.522 km²

Abitanti: 6.306.638 (1 gennaio 2011)

Stato: Belgio

Indipendenza: ?

Catalogna:



Superficie: 32.107 km²

Abitanti: 7.519.843 (1 novembre 2011)

Stato: Spagna

Indipendenza: ?

Scozia



Superficie: 78.772 km²

Abitanti: 5.254.800 (stima 2011)

Stato: Gran Bretagna

Indipendenza: 2014?

Preambolo

- Richiamandosi al diritto inalienabile all'autodeterminazione,
- nell'osservanza della responsabilità dinanzi a Dio e nella consapevolezza della responsabilità dinanzi agli uomini,
- volendo preservare l'unità spirituale e culturale del Tirolo ed il suo patrimonio storico,
- per proteggere la pace, la parità dei diritti ed il partenariato etnico tra i gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino,
- con la volontà di garantire la pace e la dignità della persona,
- di porre le basi di una comunità sociale e giusta,
- di promuovere lo sviluppo economico,
- di conservare le risorse naturali,
- di curare la tradizione culturale e storica su ogni parte del territorio,
- per servire la pace e per fare dello Stato libero un elemento vivo della famiglia dei popoli europei e della comunità di tutti i popoli

il popolo dello Stato Libero del Sudtirolo si dà la seguente Costituzione

I. Sezione. I Fondamenti dello Stato

Articolo 1

Forma di Stato, potere statale

1. Lo Stato Libero del Sudtirolo è uno Stato democratico, sociale e votato alla conservazione delle risorse naturali.
2. Tutto il potere statale promana dal popolo. Viene esercitato dal popolo mediante elezioni e votazioni, nonché secondo il principio della divisione dei poteri, da particolari organi legislativi, esecutivi e giudiziari.
3. Il potere legislativo è esercitato dall'Assemblea legislativa o direttamente dal popolo. Il potere esecutivo è affidato al Governo e all'amministrazione. Il potere giudiziario è attribuito a giudici indipendenti.
4. L'amministrazione autonoma dei Comuni e dei Consorzi dei Comuni è garantita dalla Costituzione.
5. Il potere legislativo è vincolato dall'ordine costituzionale, il potere esecutivo e giudiziario sono sottoposti alla legge e al diritto.

Articolo 2 Territorio dello Stato

1. Il territorio dello Stato Libero coincide con quello del Sudtirolo entro i confini attualmente esistenti.
2. Gli abitanti di Cortina, Colle Santa Lucia e Arabba appartengono al popolo sudtirolese e possono unirsi allo Stato Libero esercitando il loro diritto all'autodeterminazione.

Articolo 3 Capitale, simboli dello Stato

1. La capitale e la sede dei massimi organi dello Stato Libero è la città di Bolzano
2. Lo stemma è rappresentato dall'aquila rossa su uno scudo bianco con le ali e una corona dorata come sullo stemma dei Conti del Tirolo del 1363.
3. I colori dello Stato sono bianco-rosso.
4. Il sigillo dello Stato è formato dallo stemma circondato dalla scritta "Stato Libero del Sudtirolo" nelle tre lingue dello Stato.
5. L'inno dello Stato è stabilito per legge.

Articolo 4 Popolo, gruppi linguistici

1. Fanno parte del popolo dello Stato Libero i cittadini dei gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino. Le loro lingue sono le lingue ufficiali dello Stato Libero.
2. Lo Stato Libero protegge la parità dei diritti dei gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino come parte integrante del popolo dello Stato. Il loro diritto alla conservazione della loro identità, nonché alla cura della loro lingua, allo sviluppo economico e sociale, alla loro cultura e tradizione sono tutelati da particolari istituti di questa Costituzione.
3. I toponimi devono essere indicati nella lingua della maggioranza della popolazione locale e nella lingua del gruppo linguistico i cui membri risiedono nella località per almeno il 15%.
4. Le istituzioni democratiche dello Stato Libero garantiscono a tutti i gruppi linguistici il libero uso della loro lingua materna, la formazione autonoma della volontà politica e, secondo il principio del partenariato etnico, un'adeguata partecipazione all'esercizio del potere dello Stato.
5. Lo Stato Libero promuove i rapporti culturali transfrontalieri dei gruppi linguistici con il loro popolo di origine.

Articolo 5 Obiettivi e principi dell'azione statale

1. Lo Stato Libero assicura, nel rispetto del bene comune, il libero dispiegamento della personalità individuale, l'auto-aiuto dei cittadini e la coesione di tutti i gruppi sociali, lasciando alle comunità più piccole la cura delle questioni che rientrano nel loro esclusivo o prevalente interesse e che sono idonee ad essere gestite da loro autonomamente con le loro forze.
2. Lo Stato Libero promuove uno sviluppo generale regolato, rispondente alle esigenze sociali, economiche e culturali dei cittadini. In questo contesto assume particolare rilievo la creazione e conservazione di sufficienti opportunità lavorative e abitative. Lo Stato Libero promuove la salute pubblica, la protezione e la cura dell'ambiente e

soprattutto la tutela della natura e del paesaggio da qualsiasi deterioramento.

3. Lo Stato Libero istituisce un servizio sanitario pubblico che, ai sensi della legge, garantisca cure mediche, assistenza e riabilitazione in caso di malattie e infermità. L'assistenza medica è gratuita per i non abbienti.
4. È compito dello Stato Libero promuovere il libero sviluppo dell'economia nel rispetto dei principi dell'economia sociale di mercato.
5. Lo Stato Libero è chiamato a limitare le proprie attività economiche sostanzialmente a quelle imprese che rispondono ad un interesse pubblico e il cui esercizio da parte di altri soggetti risulti inopportuno.
6. La promozione della parità giuridica e fattuale tra uomo e donna e dell'uguaglianza delle condizioni di vita di persone diversamente abili è compito dello Stato libero.
7. Nello svolgimento delle funzioni dello Stato Libero vanno osservati i principi della legittimità, della parsimonia, dell'economicità e dell'opportunità. I mezzi impiegati devono essere adeguati agli obiettivi da raggiungere.

Articolo 6

Tutela del matrimonio, della famiglia, dell'infanzia e della gioventù

1. Il matrimonio e la famiglia godono della speciale protezione dell'ordinamento dello Stato.
2. Ogni bambino ha diritto ad un sano sviluppo spirituale, mentale e fisico. I bambini godono della particolare protezione dello Stato nei confronti di maltrattamenti fisici e spirituali e dell'abbandono.
3. La cura e l'educazione dei figli rappresentano un diritto naturale dei genitori e un loro obbligo primario. Lo Stato vigila su tale funzione.
4. I giovani devono essere protetti da minacce per il loro sviluppo fisico e spirituale

Articolo 7

Arte, cultura e sport

1. L'arte, la cultura e lo sport devono essere protetti e promossi dallo Stato e dai Comuni.
2. Devono essere curate le istituzioni con un radicamento locale, la cultura popolare, gli usi e costumi e le particolarità delle singole località e regioni dello Stato Libero.
3. Lo Stato e i Comuni promuovono nell'ambito delle loro possibilità finanziarie le attività culturali di tutti i cittadini, mediante l'offerta di musei accessibili al pubblico, biblioteche, archivi, teatri, centri sportivi, enti musicali e simili.
4. Lo Stato e i Comuni promuovono la tutela dei beni architettonici, del patrimonio culturale e naturale

Articolo 8 Cooperazione transfrontaliera, rapporti internazionali

1. Lo Stato Libero auspica una cooperazione transfrontaliera a carattere regionale, orientata ad intensificare i rapporti di buon vicinato e a rafforzare il regionalismo europeo.
2. Lo Stato Libero può con l'intervento costituzionalmente conforme dell'Assemblea legislativa stipulare trattati internazionali e aderire ad organizzazioni internazionali. Va promossa l'adesione all'Unione Europea. Il conseguente trasferimento di diritti sovrani dello Stato Libero deve essere approvato con legge costituzionale.
3. Le leggi e gli altri atti statali dovranno essere conformi ai principi generali di diritto internazionale e ai trattati di diritto internazionale vincolanti per lo Stato Libero. I trattati internazionali ratificati e pubblicati sono direttamente applicabili.
4. Nell'ambito di un referendum dovrà essere deciso se lo Stato Libero debba aderire ad un'organizzazione per la sicurezza collettiva o dichiarare la propria neutralità permanente.

II. Sezione. Libertà fondamentali e diritti dell'uomo

Articolo 9 Dignità dell'uomo

1. La dignità dell'uomo è inviolabile. Il suo rispetto e la sua tutela rappresentano un obbligo per tutti gli organi del potere statale.
2. L'inviolabilità della dignità dell'uomo è la fonte di tutti i diritti fondamentali

Articolo 10 Il libero dispiegamento della personalità

Ogni persona ha diritto al libero dispiegamento della propria personalità, purché non violi i diritti di terzi e non contravvenga all'ordine costituzionale o al buon costume.

Articolo 11 Integrità fisica

1. Ogni persona ha diritto alla vita e all'integrità fisica. La libertà della persona è inviolabile. Tali diritti possono essere limitati solo in base ad una legge.
2. Nessuno può essere sottoposto a un trattamento o a una punizione crudeli, disumane o umilianti e senza volontario ed espresso consenso a esperimenti scientifici o di altro genere.

Articolo 12 Limitazione e privazione della libertà

1. La libertà personale può essere limitata solo da una legge formale e nel rispetto dei limiti da essa previsti. L'interessato deve essere immediatamente informato sui motivi della limitazione della libertà.
2. La decisione sull'ammissibilità e sulla prosecuzione della privazione della libertà può essere adottata solo dal giudice. Ogni privazione di libertà non fondata su un provvedimento giudiziario deve essere immediatamente convalidata da un provvedimento del giudice. La polizia non può trattenere nessuno in custodia oltre

la fine del giorno in cui è avvenuto il fermo. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

3. Ogni persona temporaneamente fermata perché sospettata di un reato deve essere presentata al giudice non oltre un giorno dal fermo, che dovrà comunicarle i motivi del fermo, interrogarla e darle l'occasione di un contraddittorio. Il giudice dovrà immediatamente emettere o un mandato d'arresto scritto e motivato o disporre la sua liberazione.
4. Di ogni provvedimento del giudice che dispone o proroga la privazione della libertà dovrà essere immediatamente informata una persona di fiducia o un familiare della persona in stato di fermo.

Articolo 13 Uguaglianza

1. Tutti sono uguali dinanzi alla legge.
2. Uomini e donne hanno gli stessi diritti.
3. Nessuno può essere discriminato o favorito a causa del sesso, dell'origine, della razza, della lingua, della patria e della provenienza, della fede, del suo orientamento religioso o politico.

Articolo 14 Libertà di fede, di coscienza e di culto

1. La libertà di fede, di coscienza, di culto e dell'orientamento religioso e ideologico sono inviolabili.
2. È assicurata la pratica indisturbata del culto.

Articolo 15 Libertà di opinione, di informazione, dei media, divieto di censura

1. Tutti hanno il diritto di manifestare liberamente il proprio pensiero con la parola, lo scritto e le immagini e di informarsi liberamente attingendo alle fonti generalmente accessibili. È garantita la libertà di stampa e delle trasmissioni radio-televisive. È vietata la censura.
2. Salvo il diritto di gestire stazioni radio-televisive private, è garantito il mantenimento e lo sviluppo del servizio pubblico.
3. Questi diritti incontrano un limite nelle disposizioni contenute nelle leggi generali, nelle norme di legge a tutela della gioventù e nel diritto all'onore personale.

Articolo 16 Arte, scienza

L'arte, la scienza, la ricerca e l'insegnamento sono liberi. La libertà dell'insegnamento non esonera dalla fedeltà alla Costituzione.

Articolo 17 Libertà di riunione

1. Tutti hanno il diritto di riunirsi pacificamente e senz'armi senza preavviso o autorizzazione.
2. Per le riunioni all'aperto questo diritto può essere limitato dalla legge o in base ad una legge.

Articolo 18 Libertà di associazione

1. Tutti i cittadini hanno il diritto di fondare associazioni.
2. Sono vietate le associazioni i cui scopi o la cui attività contrastino con la legge penale, con l'ordine costituzionale o con il principio della comprensione tra i popoli.

Articolo 19 Libertà di coalizione

Il diritto di costituire associazioni per la conservazione e il miglioramento delle condizioni di lavoro ed economiche è assicurato ad ogni persona e ad ogni categoria professionale. Sono nulli gli accordi limitativi o ostativi di questo diritto; le misure preordinate a questo scopo sono illegittime.

Articolo 20 Diritto di rappresentanza del personale

Nelle aziende, nei servizi e nelle strutture dello Stato Libero devono essere istituiti organi di rappresentanza del personale. Questi hanno – ai sensi della legge – un diritto di codeterminazione.

Articolo 21 Segretezza della corrispondenza, segreto postale e delle telecomunicazioni

1. La segretezza della corrispondenza e il segreto postale e delle telecomunicazioni sono inviolabili.
2. Le limitazioni possono essere disposte solo in base alla legge. Se la limitazione è finalizzata alla tutela del fondamentale ordine libero e democratico e alla conservazione e alla garanzia dello Stato Libero, la legge può disporre che essa non venga comunicata all'interessato e che alla tutela giurisdizionale subentri il riesame da parte di organi e organi ausiliari nominati dalla rappresentanza popolare. Il tal caso deve essere previsto che i provvedimenti limitativi vengano comunicati all'interessato dopo la loro conclusione, purché si possa escludere una compromissione dello scopo perseguito con la limitazione.

Articolo 22 Professione, posto di lavoro, lavoro

1. La professione e il posto di lavoro possono essere liberamente scelti. L'esercizio della professione può essere disciplinato dalla legge o in base ad una legge.

2. Il lavoro minorile remunerato è sostanzialmente vietato.
3. Nessuno può essere costretto a svolgere una determinata attività lavorativa, tranne che nell'ambito di un tradizionale obbligo pubblico di prestazione lavorativa a carattere generale e uguale per tutti.

Articolo 23
Libertà dell'istruzione e della formazione

1. Tutti i cittadini hanno il diritto di scegliere liberamente la propria sede formativa.
2. Tutti i cittadini hanno uguale diritto di accesso agli enti di pubblica istruzione.

Articolo 24
Inviolabilità del domicilio

1. Il domicilio è inviolabile.
2. Le perquisizioni possono essere disposte solo dal giudice, in caso di pericolo da ritardo anche dagli altri organi previsti dalla legge, e solo nella forma ivi prescritta.
3. Interventi e limitazioni possono peraltro essere praticati solo per scongiurare il pericolo generale o un pericolo di vita per singole persone, in base ad una legge anche per prevenire un pericolo urgente per l'ordine e la sicurezza pubblici, soprattutto per prevenire il rischio di epidemie o per proteggere giovani minacciati.

Articolo 25
Proprietà e diritto di successione

1. La proprietà e il diritto di successione sono garantiti. I contenuti e i limiti sono stabiliti dalla legge.
2. La proprietà impone degli obblighi. Il suo utilizzo deve essere contestualmente preordinato al bene della collettività e soprattutto proteggere le risorse naturali.

Articolo 26
Esproprio

1. L'esproprio è consentito solo per ragioni di interesse pubblico. Può avvenire solo ai sensi o in base alla legge che determina le modalità e l'entità dell'indennizzo.
2. L'indennizzo deve essere stabilito effettuando un equo contemperamento tra gli interessi della collettività e quelli delle parti in causa.

Articolo 27
Tutela dei dati personali

Ogni persona ha il diritto di decidere autonomamente in merito al rilevamento, al trattamento ed alla trasmissione dei propri dati personali. Essi non possono essere rilevati, registrati, utilizzati o trasmessi, senza il consenso espresso dell'avente diritto. Tale diritto può essere limitato solo con legge o in base ad una legge.

Articolo 28 Informazione sui dati ambientali

Tutti hanno diritto di ottenere informazioni sui dati riguardati l'ambiente naturale del luogo in cui vivono, purché siano stati rilevati o registrati dallo Stato Libero o da altri enti pubblici e purché non vi si frappongano gli interessi giuridicamente protetti di terzi o interessi prevalenti della collettività. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge sul trattamento dei dati personali.

Articolo 29 Diritto di petizione

Tutti hanno diritto di rivolgere individualmente o collettivamente petizioni e reclami agli organi competenti e agli organi di rappresentanza popolare. Si ha diritto ad un esame motivato entro un termine idoneo.

Articolo 30 Natura vincolante dei diritti fondamentali

I diritti fondamentali previsti dalla presente Costituzione sono vincolanti per il legislatore, il potere esecutivo e il potere giudiziario come diritto direttamente applicabile.

Articolo 31 Limitazione dei diritti fondamentali, applicazione alle persone giuridiche

1. Qualora ai sensi della presente Costituzione un diritto fondamentale possa essere limitato dalla legge o in base ad una legge, la legge deve avere carattere generale e non valere per il caso singolo. La legge deve inoltre menzionare il diritto fondamentale con l'indicazione del relativo articolo.
2. Per nessuna ragione può venire compromesso il nucleo essenziale di un diritto fondamentale.
3. I diritti fondamentali si applicano anche alle persone giuridiche aventi sede nello Stato Libero, purché siano per loro natura attribuibili anche ad esse.

Articolo 32 Garanzia della tutela giurisdizionale

Chiunque venga leso nei propri diritti dal potere pubblico può ricorrere alla tutela giurisdizionale. Qualora non diversamente stabilito, è competente il giudice ordinario. È fatto salvo l'articolo 21, comma 2, secondo periodo.

III. Sezione. L'Assemblea legislativa

Articolo 33

Ruolo, funzioni, mandato libero

1. L'Assemblea legislativa è l'organo di rappresentanza elettiva del popolo.
2. L'Assemblea esercita il potere legislativo, vigila sull'esercizio del potere esecutivo ai sensi della presente Costituzione ed è l'organo di formazione della volontà politica del popolo e dei gruppi linguistici.
3. I deputati rappresentano tutto il popolo. Esercitano le loro funzioni senza vincolo di mandato. I membri dell'Assemblea non possono essere chiamati a rispondere delle opinioni espresse e dei voti dati nell'esercizio delle loro funzioni.
4. Nella prima seduta a cui partecipano i membri dell'Assemblea prestano giuramento nelle mani del presidente di servire fedelmente la Costituzione e il bene del popolo. È consentita l'aggiunta di un'invocazione religiosa.

Articolo 34

Composizione, elezione

1. L'Assemblea legislativa si compone di trentacinque membri eletti a scrutinio universale diretto con voto uguale, libero e segreto, secondo i principi del diritto elettorale proporzionale.
2. Sono elettori tutti i cittadini che il giorno delle elezioni hanno raggiunto la maggiore età e che risultano iscritti in una lista elettorale del Comune. Per l'esercizio del diritto di voto passivo è richiesto il compimento del diciottesimo anno. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge elettorale.
3. L'Assemblea legislativa è eletta per cinque anni. La sua legislatura termina con la convocazione della nuova Assemblea. In caso di nuove elezioni anticipate l'Assemblea rimane in carica fino alla scadenza del mandato quinquennale dell'Assemblea non rieledda.
4. La legge per le elezioni dell'Assemblea legislativa deve assicurare la rappresentanza del gruppo linguistico ladino.
5. Le elezioni per la nuova Assemblea legislativa vengono indette dal Governo e si tengono non prima della quarta domenica e non oltre la seconda domenica dalla scadenza del mandato quinquennale. Il decreto sull'indizione delle elezioni viene pubblicato non oltre il venticinquesimo giorno prima del giorno delle elezioni.
6. La nuova Assemblea si riunisce entro venti giorni dalla proclamazione degli eletti su convocazione del presidente dell'Assemblea precedente. Alla sostituzione del presidente in caso di impedimento si applicano le regole del regolamento interno dell'Assemblea legislativa.
7. Nella prima seduta dell'Assemblea la presidenza è assunta dal membro più anziano (articolo 37 comma 7) che dirige le elezioni del presidente dell'Assemblea.
8. Il presidente prima di assumere la carica deve prestare giuramento nelle mani del presidente nominato per anzianità di servire fedelmente la Costituzione. È ammessa l'aggiunta di un'invocazione religiosa. I vicepresidenti prestano giuramento nelle mani del presidente.

Articolo 35

Assunzione del mandato, perdita del mandato, convalida degli eletti

1. Chi si candida per un seggio nell'Assemblea legislativa ha diritto alla necessaria aspettativa per preparare la propria elezione.
2. Chi viene eletto deputato, assume il proprio mandato con l'accettazione dell'elezione.
3. I membri dell'Assemblea legislativa possono rinunciare al loro mandato. La rinuncia deve essere dichiarata per iscritto al presidente dell'Assemblea.
4. Il deputato divenuto ineleggibile decade dal proprio mandato.
5. La convalida degli eletti è di competenza dell'Assemblea legislativa che decide anche in merito alla decadenza dal mandato di un proprio membro.
6. Contro la decisione dell'Assemblea legislativa può essere proposto ricorso alla Corte di Stato.

Articolo 36

Regolamento interno

1. L'Assemblea legislativa si dà un regolamento interno a disciplina della propria attività che deve essere approvato dalla maggioranza di due terzi dei membri presenti.
2. Nel regolamento interno devono essere previste le norme per il raggruppamento dei deputati in gruppi consiliari. I diritti dei parlamentari non iscritti non possono essere limitati.
3. Il regolamento interno contiene anche norme per la determinazione dell'appartenenza dei deputati ad un gruppo linguistico.

Articolo 37

Presidente, vicepresidenti

1. L'Assemblea elegge nel proprio seno il presidente, due vicepresidenti e i segretari. I vicepresidenti vengono eletti tra i deputati non appartenenti al gruppo linguistico del presidente. Il presidente nomina il vicepresidente che dovrà sostituirlo in caso di assenza o impedimento.
2. Per i primi trenta mesi di attività dell'Assemblea il presidente viene eletto tra i membri del gruppo linguistico tedesco; per il periodo successivo viene eletto tra i membri del gruppo linguistico italiano. Con l'approvazione della maggioranza dei membri dell'Assemblea del gruppo linguistico tedesco o italiano per il periodo di loro competenza può essere eletto presidente un membro del gruppo linguistico ladino.
3. Il presidente dirige le sedute dell'Assemblea ai sensi del regolamento interno.
4. Spetta al presidente il potere regolamentare e l'autorità di polizia sull'edificio sede dell'Assemblea legislativa. Senza la sua autorizzazione non possono essere effettuati nella sede dell'Assemblea legislativa perquisizioni o sequestri.
5. Il presidente cura le questioni economiche dell'Assemblea ai sensi della legge di bilancio e rappresenta lo Stato Libero in tale funzione. Il presidente è la massima autorità amministrativa per il personale dell'Assemblea.
6. Il presidente e i vicepresidenti che contravvengano ai loro obblighi di servizio vengono destituiti dall'Assemblea con decisione adottata a maggioranza. A tale scopo l'Assemblea può essere convocata per una riunione d'urgenza su richiesta di almeno un terzo dei suoi membri.
7. Se il presidente o i vicepresidenti non effettuano la convocazione entro quindici giorni dalla richiesta, tale compito è affidato al deputato più anziano e in caso di diniego al deputato che lo segue immediatamente in ordine di età e che assume la presidenza dell'Assemblea (presidente per anzianità).

Articolo 38 Sedute dell'Assemblea legislativa

1. L'Assemblea legislativa viene convocata dal presidente nella prima settimana di ogni semestre per una seduta ordinaria.
2. L'Assemblea decide in merito al termine e alla nuova convocazione delle proprie sedute.
3. L'Assemblea può essere convocata in via straordinaria per iniziativa del presidente. Il presidente è tenuto alla sua convocazione se lo richiedono un quinto dei suoi componenti o il Governo.
4. I membri del Governo hanno diritto di partecipare alle sedute dell'Assemblea e delle sue commissioni con voto consultivo. Su richiesta dell'Assemblea o delle sue commissioni sono tenuti a presenziare alle sedute.

Articolo 39 Pubblicità delle sedute, immunità

1. Le sedute dell'Assemblea sono pubbliche, purché il pubblico non venga escluso ai sensi del paragrafo seguente.
2. Su richiesta del presidente o di almeno un quinto dei membri presenti l'Assemblea può deliberare, a porte chiuse, di riunirsi a porte chiuse per tutta la durata della discussione e della deliberazione. Devono essere pubbliche le sedute in cui l'Assemblea delibera sul bilancio preventivo e consuntivo, sulle leggi di spesa, sulle indennità dei parlamentari e dei membri del Governo.
3. Nessuno può essere dichiarato responsabile dei resoconti veritieri delle sedute pubbliche dell'Assemblea e delle sedute non dichiarate riservate delle sue commissioni.

Articolo 40 Deliberazioni, elezioni, commissioni

1. L'Assemblea legislativa è validamente costituito alla presenza di almeno la metà dei suoi componenti. Ove non diversamente disposto dalla Costituzione o dal regolamento interno, l'Assemblea può deliberare ed eleggere validamente con la maggioranza semplice dei voti espressi.
2. L'Assemblea elegge nel proprio seno con il sistema proporzionale le commissioni necessarie alla preparazione delle materie oggetto di discussione. Ulteriori norme sono previste dal regolamento interno dell'Assemblea.

Articolo 41 Scioglimento

1. L'Assemblea può deliberare a maggioranza di almeno due terzi dei voti espressi il proprio scioglimento anticipato rispetto alla scadenza della legislatura quinquennale.
2. L'Assemblea è sciolta, se si dimette contemporaneamente la maggioranza dei suoi componenti (articolo 35, comma 3).
3. Se il Governo non viene insediato entro novanta giorni dall'elezione dell'Assemblea o rieletto dopo essersi dimesso, l'Assemblea deve essere sciolta dal presidente per incapacità di funzionare.
4. Entro tre settimane dallo scioglimento dell'Assemblea legislativa il Governo deve indire nuove elezioni, da tenersi entro tre mesi dallo scioglimento dell'Assemblea.

Articolo 42 Immunità dei membri dell'Assemblea

1. Per l'arresto di un deputato nell'ambito di un'azione penale e per l'esecuzione di una perquisizione domiciliare a suo carico è richiesta l'autorizzazione dell'Assemblea. Questa disposizione non vale nel caso sia colto in flagranza nell'atto di commettere un delitto.
2. Negli altri casi un deputato può essere perseguito nell'ambito di un'azione penale, senza l'autorizzazione dell'Assemblea legislativa, solo se tale azione è palesemente estranea all'esercizio del suo mandato. L'autorità che ha promosso l'azione deve sollecitare in merito la decisione dell'Assemblea, ove così richiesto dal deputato interessato o da almeno tre membri della commissione per le immunità. In presenza di una simile richiesta, qualsiasi azione penale da parte dell'autorità competente deve essere immediatamente sospesa o interrotta.
3. Anche nel caso in cui il deputato sia arrestato perché sorpreso in flagranza nell'atto di commettere un delitto, l'arresto deve essere revocato o l'azione penale sospesa, se richiesto dall'Assemblea oppure, durante il periodo di sospensione, dalla commissione per le immunità.
4. L'immunità di un deputato cessa allo scadere del suo mandato. I membri supplenti godono dell'immunità soltanto per il periodo in cui sono convocati per partecipare all'attività dell'Assemblea legislativa.

Articolo 43 Obbligo d'informazione del Governo

1. Il Governo è tenuto a informare nella misura necessaria l'Assemblea sulla propria attività mediante resoconti periodici e sull'adempimento dei propri compiti.
2. Il Governo e i suoi componenti sono tenuti a rispondere secondo scienza e coscienza e in modo esauriente alle domande di singoli deputati o alle interrogazioni parlamentari poste all'interno dell'Assemblea o delle sue commissioni. Il Governo può declinare una risposta solo qualora lo prescrivano le norme legislative sulla tutela dei dati personali, sulla riservatezza o sui diritti di terzi. Le ulteriori disposizioni sono previste dal regolamento interno.
3. Dopo l'adesione all'Unione Europea il Governo è tenuto ad informare immediatamente l'Assemblea legislativa su tutte le iniziative da attuare nell'ambito dell'Unione Europea e deve darle la possibilità di prendere posizione. Nelle questioni di natura legislativa il Governo è vincolato a questo parere.

IV. Sezione. Il Governo

Articolo 44 Compiti, composizione

1. Il Governo si pone al vertice del potere esecutivo. Gli compete la guida e l'amministrazione dello Stato Libero. Ai sensi della Costituzione il Governo partecipa al potere legislativo.
2. Il Governo è formato dal presidente del Consiglio, da due vicepresidenti e dai ministri dello Stato. Possono essere designati a comporre il Governo anche sottosegretari. Questi vengono nominati come i ministri e sono sottoposti nello svolgimento delle loro funzioni al ministro competente e alle sue disposizioni.
3. Il Governo decide sui dicasteri da assegnare ai suoi componenti. Il presidente del Consiglio può assumere la guida di un dicastero.
4. La composizione del Governo deve essere proporzionale alla consistenza dei gruppi linguistici come rappresentanti all'interno dell'Assemblea. I membri del Governo che non sono membri dell'Assemblea vengono eletti dall'Assemblea a maggioranza di due terzi su proposta di uno o più gruppi, purché i deputati del gruppo linguistico del candidato approvino la proposta – anche se limitatamente ai deputati della maggioranza che sostiene il Governo. Dei vicepresidenti del Consiglio uno appartiene al gruppo linguistico tedesco e uno a quello italiano. Il presidente del Consiglio designa il sostituto destinato a subentrargli in caso di assenza o impedimento.
5. Al gruppo linguistico ladino può essere assegnato un seggio nel Governo anche a prescindere dalla rappresentanza proporzionale. Qualora ci sia un unico deputato in rappresentanza del gruppo ladino nell'Assemblea e questi venga eletto a comporre il Governo, dovrà rinunciare alla sua carica di presidente o vicepresidente dell'Assemblea.

Articolo 45 Formazione del Governo

1. Il presidente del Consiglio è eletto dal popolo a scrutinio universale diretto.
2. Dopo l'elezione del presidente del Consiglio i vicepresidenti e i ministri vengono eletti in seno all'Assemblea su proposta del presidente del Consiglio con voto segreto e a maggioranza assoluta. La particolare necessità di una maggioranza di due terzi e la rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici, di cui all'articolo 44, comma 4, devono essere garantiti.
3. I membri del Governo prestano all'atto di assumere la carica giuramento dinanzi all'Assemblea. Giurano di accrescere il benessere del popolo e di proteggerlo dalle avversità, di rispettare la Costituzione e il diritto e di adempiere coscienziosamente ai propri doveri. È ammessa un'invocazione religiosa.
4. Il mandato dei membri del Governo coincide con la legislatura dell'Assemblea. Dopo la scadenza del mandato o le dimissioni, proseguono gli atti di ordinaria amministrazione fino all'entrata in carica del nuovo Governo.

Articolo 46
Stato giuridico dei membri del Governo

1. Lo stato giuridico ed economico dei membri del Governo, soprattutto le loro indennità e aspettative pensionistiche, devono essere disciplinati con legge.
2. I membri del Governo non possono ricoprire nessun'altra carica retribuita, né esercitare una professione o un'attività commerciale. Non possono appartenere né al consiglio di amministrazione, né al collegio sindacale di una società commerciale. Le deroghe possono essere deliberate dal Governo con l'approvazione dell'Assemblea.
3. I membri del Governo che rinuncino all'esercizio del loro mandato di membri dell'Assemblea mantengono la loro immunità di deputato fino alla scadenza del loro mandato.

Articolo 47
Potere di direttiva, autonomia dei dicasteri e principio di collegialità

1. Il presidente del Consiglio dirige la politica del Governo e ne è responsabile.
2. Nell'ambito delle linee guida stabilite a livello politico ogni ministro dirige autonomamente il proprio dicastero e ne assume la responsabilità.
3. Il Governo delibera su proposta del Consiglio dei ministri la ripartizione delle funzioni tra i ministri e pubblica tale ripartizione nella Gazzetta Ufficiale dello Stato.
4. Il Governo delibera sui disegni di legge, sulle materie attribuitegli dalla Costituzione e da una legge, sulle divergenze di opinioni su materie riguardanti l'ambito di competenza di più ministri e su questioni di importanza fondamentale o di ampia portata.

Articolo 48
Responsabilità dei membri del Governo

1. I membri del Governo sono responsabili del loro operato nei confronti dell'Assemblea.
2. L'Assemblea può rimuovere dalla carica il Governo o uno dei suoi membri con voto di sfiducia. La votazione della mozione di sfiducia deve essere rinviata di due giorni feriali qualora lo richieda almeno un quinto dei deputati presenti.
3. L'Assemblea può sporgere denuncia dinanzi alla Corte di Stato contro i membri del Governo per essersi resi responsabili di violazioni di norme giuridiche e di atti penalmente perseguibili. La Corte in caso di contravvenzioni di lieve entità può limitarsi a accertare la violazione; in tutti gli altri casi la condanna comporta la decadenza dalla carica.
4. Con propria delibera l'Assemblea può fare valere nei confronti dei membri del Governo un diritto al risarcimento dello Stato Libero.
5. Un Governo che entro quattro settimane dall'elezione non effettui alcuna ripartizione delle funzioni ai sensi dell'art. 47, comma 3, deve essere sollevato dalla carica con delibera dell'Assemblea.
6. Una delibera secondo i commi 2, 3, 4 o 5 può essere adottata solo se almeno un terzo dei deputati ha presentato un'istanza in tale senso.
7. L'Assemblea può revocare la fiducia al presidente del Consiglio solo eleggendo un suo successore a maggioranza dei suoi componenti. Se il presidente del Consiglio è oggetto di una mozione di sfiducia, anche i vicepresidenti e gli altri membri del Governo decadono dalla carica.

Articolo 49

Funzioni del presidente del Consiglio come capo dello Stato

1. Il presidente del Consiglio rappresenta lo Stato verso l'esterno, riceve e accredita gli ambasciatori, approva la nomina dei consoli stranieri, nomina i rappresentanti consolari dello Stato Libero all'estero e stipula trattati di Stato. La stipula di trattati di Stato richiede l'approvazione del Governo e dell'Assemblea.
2. Il presidente del Consiglio nomina e congeda i giudici nel rispetto delle garanzie di indipendenza del potere giudiziario, i funzionari e gli altri incaricati dello Stato Libero; conferisce titoli ufficiali; crea e conferisce titoli professionali e onorificenze dello Stato Libero. Questi diritti possono essere disciplinati per legge, abbinati a particolari requisiti e attribuiti ad altre autorità dello Stato nella fase di preparazione e di esecuzione.
3. Il presidente del Consiglio ha il diritto di concedere la grazia. Nei casi più semplici e con l'approvazione del Governo può delegare gli atti preparatori ed esecutivi ad altre autorità statali. Un condono generale della pena e una generale cancellazione di procedimenti penali pendenti (amnistie) possono essere disposti solo con legge.
4. Il presidente del Consiglio può, su richiesta dei genitori, dichiarare legittimi i figli naturali. I suoi ulteriori poteri relativi a elargizioni straordinarie, diritti di nomina e di ratifica ed altre questioni concernenti il personale sono stabiliti da apposite leggi.

V. Sezione. La formazione delle leggi

Articolo 50

Proposte di legge, approvazione delle leggi, votazione per gruppi linguistici

1. Le proposte di legge vengono presentate dal Governo, dall'Assemblea o dal popolo mediante iniziativa popolare. Le ulteriori norme sui requisiti e la forma delle proposte di legge sono previste dal regolamento interno dell'Assemblea.
2. Tutte le leggi vengono deliberate dall'Assemblea o direttamente dal popolo mediante referendum.
3. Il popolo deve essere informato sui disegni di legge presentati dal Governo e deve essere effettuata una procedura di esame, a meno che lo escluda la particolare urgenza della proposta. Nella procedura di esame devono essere sentiti i Comuni, le rappresentanze professionali e altri enti sui cui interessi il disegno di legge viene a incidere.
4. Qualora si possa presumere che la proposta di legge violi l'uguaglianza dei diritti tra i cittadini di vari gruppi linguistici o la loro identità etnica e culturale, la maggioranza di un gruppo linguistico può richiedere all'Assemblea la votazione per gruppi linguistici.
5. Se la richiesta di votazione separata non viene approvata o la proposta di legge viene deliberata nonostante il voto contrario di due terzi dei deputati del gruppo linguistico interessato che ha presentato l'istanza, la maggioranza di questo gruppo linguistico può impugnare la legge entro trenta giorni dalla sua pubblicazione dinanzi alla Corte di Stato per i motivi indicati al comma precedente.
6. L'impugnazione non ha effetto sospensivo.

Articolo 51 Iniziativa popolare

1. Tutti i cittadini aventi diritto di voto hanno il diritto di avviare con un'iniziativa popolare un procedimento legislativo. L'iniziativa popolare deve essere firmata da almeno 2000 aventi diritto di voto iscritti nelle liste elettorali. Se l'iniziativa popolare è presentata da appartenenti al gruppo linguistico ladino, deve essere supportata da almeno 1000 cittadini aventi diritto di voto.
2. L'iniziativa popolare deve contenere una proposta di legge redatta in articoli e deve essere accompagnata da una relazione sui contenuti e lo scopo del provvedimento legislativo richiesto.
3. L'iniziativa popolare deve essere presentata al presidente dell'Assemblea. Egli decide su parere del Governo senza indugio sulla sua ammissibilità. Se ritiene che l'iniziativa popolare per i motivi di cui all'articolo 50, comma 4, o per altri motivi, sia incostituzionale, la decisione è adottata dalla Corte di Stato su sua istanza.
4. L'Assemblea delibera sull'iniziativa popolare, dopo avere dato ai richiedenti la possibilità di essere ascoltati.

Articolo 52 Referendum popolare approvativo e consultivo

Se l'Assemblea non approva l'iniziativa popolare così come è stata presentata, i richiedenti possono avviare un'iniziativa popolare allo scopo di presentare istanza di referendum. La proposta di legge posta in consultazione può essere modificata dai richiedenti. In tale caso si applica per analogia l'articolo 51, comma 3.

Viene indetto un referendum sull'iniziativa popolare, se almeno 8000 aventi diritto di voto o un quinto dei deputati dell'Assemblea sostengono la proposta. L'Assemblea può accludere alla richiesta una propria proposta di legge alternativa.

Su una modifica costituzionale (articolo 54) viene indetto un referendum, se lo richiedono un cinquantesimo degli aventi diritto di voto, iscritti nelle liste elettorali, o più delle metà dei membri dell'Assemblea.

4. Viene indetto un referendum per la modifica di leggi dello Stato, se la richiesta è sostenuta da 8000 aventi diritto di voto, iscritti nelle liste elettorali. Se viene richiesta l'abrogazione di leggi, riguardanti il gruppo linguistico ladino, sono sufficienti allo scopo almeno 1000 aventi diritto di voto di questo gruppo linguistico.
5. Viene indetto un referendum consultivo su disposizione del Governo in caso di questioni importanti dell'attività esecutiva. Sull'istituzione di nuovi Comuni, la fusione, la definizione dei confini e la denominazione dei Comuni deve tenersi un referendum consultivo nei Comuni interessati.
6. L'iniziativa per l'avvio della procedura referendaria può provenire da ogni cittadino avente diritto di voto.

Articolo 53 Esclusione delle norme finanziarie, reiterazione

1. Non è ammesso il referendum sulle leggi tributarie, sulla retribuzione, di bilancio e creditizie.
2. Un'iniziativa popolare respinta con referendum non può essere riproposta prima della scadenza della legislatura dell'Assemblea
3. Ulteriori disposizioni su iniziative e referendum popolari sono previste dalla legge, in cui è anche determinato il diritto al rimborso delle spese necessarie.

Articolo 54 Modifica della Costituzione

1. La Costituzione può essere modificata solo con una legge che ne emendi e integri espressamente la lettera. La modifica non può contrastare con i principi di cui agli articoli 1, 4, 9 e 30, con i principi generali del diritto internazionale e con gli obblighi internazionali dello Stato Libero (articolo 8, commi 2 e 3).
2. La decisione sull'ammissibilità di una richiesta di modifica della Costituzione viene adottata, su istanza del Governo o di un terzo dei deputati dell'Assemblea, dalla Corte di Stato.
3. Le leggi o i trattati di Stato a modifica della Costituzione devono essere appositamente denominati come tali e richiedono l'approvazione di due terzi dei deputati dell'Assemblea.

Articolo 55 Regolamenti

1. Il potere di emanare regolamenti può essere attribuito solo con legge. Devono essere determinati il contenuto, lo scopo e l'entità della delega. Il fondamento giuridico deve essere indicato dal regolamento.
2. Le norme amministrative necessarie all'esecuzione delle leggi vengono varate dal Governo, purché le leggi non dispongano diversamente.

Articolo 56 Promulgazione, pubblicazione, entrata in vigore

1. Le leggi deliberate conformemente alla Costituzione vengono promulgate dal presidente dell'Assemblea, controfirmate dal presidente del Consiglio e dal ministro competente e pubblicate dal presidente del Consiglio nella Gazzetta Ufficiale non oltre il termine di un mese. Se l'Assemblea delibera l'urgenza, devono essere promulgate e pubblicate senza indugio.
2. I regolamenti del Governo vengono emanati dal presidente del Consiglio e dal ministro competente, gli altri regolamenti dagli organi competenti e, salvo che la legge disponga diversamente, pubblicati nella Gazzetta Ufficiale.
3. Leggi e regolamenti devono riportare la data della loro entrata in vigore. In mancanza di questa indicazione, le disposizioni entrano in vigore allo scadere del giorno in cui vengono pubblicate.

VI. Sezione. Il potere giurisdizionale

Articolo 57

Tribunali, giudici, partecipazione del popolo

1. La giustizia è amministrata in nome del popolo dai tribunali ordinari e dalla Corte di Stato.
2. La composizione e le competenze dei tribunali sono stabilite dalla legge.
3. La funzione giurisdizionale in materia civile e penale è esercitata dai tribunali ordinari, la giurisdizione amministrativa e costituzionale dalla Corte di Stato.
4. I giudici sono indipendenti e soggetti soltanto alla legge. Singole funzioni giurisdizionali di primo grado in materia civile possono essere assegnate con legge a funzionari dello Stato non togati con una particolare qualifica (ausiliari del giudice), sottoposti al giudice competente e alle sue istruzioni.
5. Partecipano alla funzione giurisdizionale donne e uomini provenienti dal popolo ai sensi della legge.
6. Le lingue del giudizio sono il tedesco e l'italiano. Il loro uso è disciplinato nei dettagli dalla legge. I cittadini del gruppo linguistico ladino hanno il diritto di testimoniare in tribunale in lingua ladina.

Articolo 58

Diritti fondamentali di natura processuale

1. Nessuno può essere sottratto al proprio giudice naturale precostituito per legge. Non possono essere istituiti tribunali straordinari.
2. In tribunale ogni persona ha diritto di essere ascoltata dal giudice. Le persone che non padroneggiano la lingua tedesca o italiana hanno diritto alla nomina gratuita di un interprete nel procedimento penale.
3. Nel procedimento penale vige il principio accusatorio.
4. Ogni persona ha diritto a un processo equo, rapido e pubblico e alla difesa nel procedimento penale. La pubblicità può essere esclusa solo ai sensi della legge.

Articolo 59

Indipendenza dei giudici

1. Nella funzione giurisdizionale vige il principio della ripartizione fissa delle cause che vengono anticipatamente suddivise tra i giudici per un determinato periodo. Una causa attribuita ad un giudice gli può essere tolta solo su provvedimento della sezione competente a causa di un suo impedimento o se il suo carico di lavoro non gli consente la sua risoluzione in un termine adeguato.
2. Nell'ordinamento giudiziario viene stabilito un limite di età, raggiunto il quale i giudici devono essere collocati in quiescenza a titolo permanente.
3. I giudici possono essere peraltro sollevati dalla loro carica, trasferiti contro la loro volontà in un'altra sede o collocati in quiescenza solo nei casi previsti dalla legge e in base ad una decisione giudiziale formale. In caso di modifica delle sedi dei tribunali o delle loro circoscrizioni i giudici possono essere trasferiti in un altro tribunale con il mantenimento della retribuzione piena o allontanati dalla carica.
4. La sospensione temporanea dei giudici dalla carica può avvenire solo su provvedimento del presidente del tribunale o dell'autorità superiore della magistratura con contestuale rinvio della materia al tribunale competente.

5. La nomina, il giuramento e lo stato giuridico dei giudici vengono peraltro disciplinati con legge. La legge deve anche prevedere che alla nomina e all'assunzione dei giudici partecipino una sezione giurisdizionale.
6. La ripartizione dei giudici e del personale non giudicante tra i gruppi linguistici si orienta ai principi dell'articolo 66, comma 2.

Articolo 60 Corte di Stato

1. La Corte di Stato decide come tribunale amministrativo su ricorsi contro atti e provvedimenti illegittimi della pubblica amministrazione e su ricorsi contro l'inadempienza della pubblica amministrazione. Può presentare ricorso solo chi sia leso nei propri diritti, previo esaurimento delle istanze di ricorso amministrativo o chi sia stato espressamente autorizzato dalla legge a proporre ricorso.
2. La Corte di Stato decide come giudice costituzionale
 - (a) nei conflitti di competenza tra i tribunali ordinari, con le autorità amministrative e con la Corte di Stato su istanza di una delle parti in conflitto;
 - (b) sull'illegittimità di regolamenti su istanza di un tribunale che debba farne applicazione o di una persona che affermi di essere direttamente lesa nei suoi diritti dall'illegittimità;
 - (c) sulla legittimità costituzionale di leggi su istanza del Governo, di un tribunale che ne debba fare applicazione o di una persona che affermi di essere direttamente lesa nei suoi diritti dalla loro illegittimità costituzionale;
 - (d) sull'illegittimità di Trattati di Stato su istanza dei soggetti menzionati al punto precedente;
 - (e) sull'impugnazione delle elezioni su istanza delle parti candidate alle elezioni e sulla decadenza dalla carica di un deputato su istanza dell'Assemblea;
 - (f) sui casi di impugnazione previsti dalla presente Costituzione;
 - (g) su tutte le altre controversie in materia di diritto dello Stato tra i massimi organi dello Stato e su tutte le altre questioni previste dalla legge.
3. La Corte di Stato si compone di almeno nove giudici che devono appartenere ai tre gruppi linguistici in base alla loro consistenza all'interno dell'Assemblea. Il presidente viene eletto dai giudici per due anni a rotazione tra i gruppi linguistici. La legge disciplina la competenza e la composizione delle sezioni e i casi rientranti nella competenza di un giudice monocratico.
4. I giudici della Corte di Stato vengono eletti dall'Assemblea a maggioranza di due terzi sulla base di una terna di proposte dell'adunanza generale della Corte di Stato per un periodo di nove anni. I giudici della Corte di Stato sono giudici professionali indipendenti ai sensi dell'articolo 59.

VII. Sezione. L'amministrazione

Articolo 61 Organi dell'amministrazione

1. La funzione amministrativa è esercitata dal Governo, dagli organi e gli uffici ad esso sottoposti e dagli organi di autonoma amministrazione. Essa è preordinata all'interesse pubblico e al servizio della persona.
2. Sono titolari, ai sensi della Costituzione, di poteri di amministrazione autonoma i Comuni e i Consorzi di Comuni. È garantito loro il diritto di disciplinare le questioni di loro competenza nel rispetto delle leggi e sotto la propria responsabilità.
3. Altri enti, istituzioni e fondazioni di diritto pubblico sono titolari, ai sensi della legge, di poteri di amministrazione autonoma.

Articolo 62 Organizzazione dell'amministrazione

1. La struttura, l'articolazione spaziale e le competenze dell'amministrazione, incluse le forze dell'ordine e i loro organi di vigilanza, sono disciplinati dalla legge. Le funzioni che possano essere svolte più efficacemente dalle autorità subordinate, devono essere assegnate a queste.
2. L'istituzione delle autorità statali, degli uffici e dei singoli servizi spetta al Governo che può assegnare tale potere ai ministri.
3. L'autorità suprema di pubblica sicurezza è il ministro degli interni. Al ministro fanno capo la direzione di polizia e i servizi locali di polizia come autorità di pubblica sicurezza. Se la vita, la salute, la libertà o la proprietà delle persone sono minacciate in un dato momento o tale minaccia è assolutamente imminente, le autorità di pubblica sicurezza, a prescindere dalla competenza di un'altra autorità, sono chiamate a scongiurare il rischio fornendo una prima assistenza generale, fino all'intervento dell'autorità rispettivamente competente.
4. L'impiego di media per le telecomunicazioni e gli altri poteri di polizia esercitati dalle attività di pubblica sicurezza sono sottoposti al vaglio di organi e di organi ausiliari nominati dalla rappresentanza popolare, purché tale intervento non sia soggetto al controllo giurisdizionale. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

Articolo 63 Amministrazione autonoma dei Comuni

1. I Comuni sono titolari di funzioni pubbliche sul loro territorio, purché determinati compiti di pubblico interesse non vengano attribuiti con legge ad altri organi. I Consorzi di Comuni svolgono lo stesso ruolo nell'ambito delle loro competenze. I Comuni e i Consorzi di Comuni sono enti economici autonomi.
2. Ai Comuni e ai Consorzi di Comuni può essere attribuito con legge lo svolgimento di funzioni amministrative che possano svolgere in modo più efficace e vicino al cittadino. La legge deve stabilire il finanziamento di questi compiti e il potere di direttiva delle autorità statali sovra ordinate.
3. I cittadini devono disporre di una rappresentanza elettiva a livello comunale. Nei Comuni più piccoli può subentrare ad essa l'Assemblea comunale dei cittadini del Comune. I cittadini del Comune partecipano all'amministrazione del Comune. Ulteriori disposizioni sono previste dalla legge sull'ordinamento dei Comuni.

4. Lo Stato Libero vigila sulla legittimità dell'amministrazione comunale e sulla gestione finanziaria dei Comuni e dei Consorzi di Comuni in riferimento a criteri di opportunità, economicità e parsimonia.
5. I compiti dei Comuni, in cui assumano particolare rilevanza interessi sovra locali, possono essere vincolati per legge ad un'autorizzazione dell'autorità di vigilanza.

Articolo 64 Perequazione finanziaria a livello comunale

1. Lo Stato Libero assicura che i Comuni e i Consorzi di Comuni possano svolgere le loro funzioni di autonoma amministrazione.
2. I Comuni e i Consorzi di Comuni hanno il diritto di riscuotere autonomamente ai sensi della legge imposte e tasse e di deliberare un proprio bilancio sotto la propria responsabilità per il finanziamento delle loro funzioni. Il Comuni (e i Consorzi di Comuni) possono alienare il patrimonio comunale o gravarlo con obbligazioni e mutui solo nei casi previsti dalla legge e con l'approvazione del ministro delle finanze.
3. I Comuni e i Consorzi di Comuni in considerazione della loro capacità contributiva e in sintonia con la distribuzione degli oneri della pubblica amministrazione acquisiscono una partecipazione alle entrate tributarie dello Stato Libero nell'ambito di una perequazione finanziaria sovra comunale, che deve essere disciplinata con legge.

Articolo 65 Ricorso di costituzionalità dei Comuni

1. Per violazione del diritto di autonoma amministrazione, ai sensi degli articoli 63 e 64 con legge o provvedimento amministrativo i Comuni e i Consorzi di Comuni possono presentare ricorso alla Corte di Stato, la quale annulla la disposizione o il provvedimento illegittimo.
2. Nell'ambito della loro attività di diritto privato come enti economici autonomi i Comuni e i Consorzi di Comuni sono titolari di diritti fondamentali come persone giuridiche.

Articolo 66 Principi del servizio pubblico

1. L'accesso agli uffici della pubblica amministrazione avviene mediante concorso pubblico, salvo le eccezioni previste dalla legge.
2. I posti in organico vengono ripartiti per amministrazione e carriera e riservati ai cittadini di ciascuno dei tre gruppi linguistici in proporzione alla loro consistenza, desumibile dalla dichiarazione di appartenenza linguistica rilasciata per l'ultimo censimento. Questa disciplina si applica anche ai giudici, ai pubblici ministeri e al personale non togato dell'amministrazione giudiziaria.
3. Tutti i cittadini hanno lo stesso diritto di accedere, in base alla loro idoneità, abilitazione e competenza specialistica ad ogni ufficio pubblico. L'effettiva parità di trattamento tra uomo e donna deve essere promossa anche mediante la rimozione delle disuguaglianze effettivamente esistenti.
4. I dipendenti dello Stato Libero e gli organi di autonoma amministrazione devono svolgere la loro funzione e i loro compiti senza preferenze personali, secondo criteri obiettivi e secondo giustizia. All'atto dell'assunzione della carica prestano il giuramento previsto per legge e sono responsabili della violazione dei loro obblighi di servizio. In caso di danni colposamente prodotti rispondono allo Stato Libero o

all'organo di amministrazione autonoma secondo i principi della responsabilità per immedesimazione organica stabiliti per legge.

5. Lo Stato Libero e gli enti di amministrazione autonoma rispondono dei danni prodotti a chiunque da un comportamento illecito colposo delle persone che agiscono come loro organi (responsabilità civile dello Stato e dei pubblici dipendenti). Il giudizio risarcitorio deve essere promosso dinanzi al giudice ordinario.

VIII. Sezione. Le finanze

Articolo 67 Il bilancio

1. Tutte le entrate e le spese dello Stato Libero devono essere evidenziate in bilancio; per le aziende statali ed il patrimonio separato è sufficiente indicare solo le sopravvenienze in entrata e in uscita. Nel bilancio le entrate e le spese devono risultare in pareggio.
2. Il bilancio viene redatto per uno o più esercizi, suddivisi per anni, ai sensi della legge di bilancio. La sua redazione deve avvenire prima dell'inizio dell'esercizio, in caso di più esercizi, prima dell'inizio del primo esercizio.
3. Nella legge di bilancio possono essere inserite solo le norme che si riferiscono alle entrate e alle spese dello Stato Libero e al periodo per il quale viene deliberata la legge di bilancio. La legge di bilancio può prescrivere che le norme siano abrogate solo dal momento della pubblicazione della legge di bilancio successiva o, in caso di autorizzazione ai sensi dell'articolo 69, in un momento successivo.
4. I debiti devono essere riportati in un allegato al bilancio e non possono compromettere l'equilibrio economico generale dello Stato Libero. Tale situazione è dichiarata, su richiesta di un terzo dei deputati, dalla Corte dei Conti.

Articolo 68 Funzioni del bilancio

1. Il bilancio ha una funzione di accertamento e di copertura del fabbisogno finanziario presumibilmente necessario allo svolgimento delle funzioni dello Stato Libero nel periodo a cui si riferisce il bilancio. Il bilancio rappresenta in fondamento della gestione economica e di bilancio.
2. Nella redazione ed esecuzione del bilancio vanno considerate le esigenze dell'equilibrio economico generale, nonché i principi di economicità e parsimonia.
3. Il bilancio autorizza l'amministrazione all'effettuazione di spese e all'assunzione di impegni.
4. Con il bilancio non vengono né costituiti né cancellati diritti o debiti.

Articolo 69 Crediti, garanzie

L'accensione di crediti ed ogni assunzione di fideiussioni, garanzie o simili, che potrebbero comportare spese negli anni successivi richiede un fondamento legislativo. Le entrate da crediti non possono superare il totale delle spese previste dal bilancio per gli investimenti; sono ammesse eccezioni solo per scongiurare la compromissione dell'equilibrio economico generale. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

Articolo 70 Sforamento del bilancio

Le spese e gli impegni superiori alle previsioni o non pianificati richiedono l'approvazione del ministro delle finanze. Tale approvazione può essere accordata solo nel caso di un'esigenza imprevista ed imprescindibile. Deve essere successivamente richiesta la ratifica dell'Assemblea. Ulteriori disposizioni possono essere previste dalla legge.

Articolo 71 Approvazione del Governo

1. Le delibere dell'Assemblea che aumentano le spese previste dal bilancio o comportano nuove spese richiedono l'approvazione del Governo. Lo stesso vale per le delibere dell'Assemblea che comportano una riduzione delle entrate. Deve essere garantita la copertura finanziaria.
2. Il Governo può richiedere che l'Assemblea sospenda la deliberazione di cui al comma 1. In tal caso il Governo deve inoltrare entro sei settimane un parere all'Assemblea.

Articolo 72 Esercizio provvisorio del bilancio

1. Se alla fine di un anno non è stato né redatto un bilancio per l'anno successivo, né approvata una legge di bilancio di emergenza, fino all'adozione di una disciplina legislativa il Governo può effettuare le spese necessarie allo scopo di
 1. mantenere le strutture esistenti per legge e di attuare le misure previste dalla legge,
 2. adempiere agli obblighi giuridicamente prescritti dello Stato Libero,
 3. proseguire la realizzazione di fabbricati, acquisti e altre prestazioni o continuare ad accordare agevolazioni per tali scopi, purché con il bilancio dell'anno precedente siano stati già approvati i relativi importi.
2. Se le entrate da imposte, tasse o altre fonti, fondate su una particolare legge, o i fondi di riserva non sono in grado di coprire le spese di cui al comma 1, il Governo può procurarsi il credito necessario ad una regolare gestione di bilancio. Questo non può superare un quarto dell'importo totale dell'ultimo bilancio.

Articolo 73 Rendiconto

Il ministro delle finanze deve presentare ogni anno un rendiconto all'Assemblea sulle entrate e le uscite, nonché sulle modifiche del patrimonio e i debiti dello Stato Libero, allo scopo di ottenere l'approvazione della gestione del Governo.

Articolo 74 Controllo contabile, Corte dei Conti

1. I conti e l'intera gestione economica e contabile dello Stato Libero vengono sottoposti al vaglio della Corte dei Conti. La Corte dei Conti è un organo statale indipendente
2. Ne fanno parte il presidente, il vicepresidente e i responsabili delle sezioni di controllo. I suoi componenti godono della stessa indipendenza dei giudici.
3. Il presidente della Corte dei Conti è eletto dall'Assemblea su proposta del presidente del Consiglio con una maggioranza di due terzi dei voti espressi. Il vicepresidente viene nominato dal presidente del Consiglio su proposta del presidente della Corte dei Conti con l'approvazione dell'Assemblea.
4. La Corte dei Conti riferisce annualmente direttamente all'Assemblea e informa contemporaneamente il Governo.
5. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

IX. Sezione. L'istruzione

Articolo 75 Obiettivi dell'istruzione

1. La gioventù deve essere educata al rispetto per ogni essere vivente, all'amore del prossimo, alla pace e alla preservazione dell'ambiente, all'amore di patria, ad un senso di responsabilità etico e politico, alla giustizia e al rispetto delle convinzioni altrui, alla capacità professionale, all'impegno sociale e ad un comportamento libero e democratico.
2. Il diritto naturale dei genitori di provvedere all'educazione e all'istruzione della prole rappresenta il fondamento del sistema educativo e scolastico. Esso va considerato soprattutto nell'accesso ai vari tipi di scuola.

Articolo 76 Scuola

1. Lo Stato Libero garantisce il diritto all'istruzione scolastica. È previsto un obbligo scolastico generale.
2. L'istruzione dei giovani è garantita da scuole pubbliche e non statali.
3. È assicurato il diritto di istituire scuole non statali. Se tali scuole assolvono i compiti delle scuole pubbliche è necessaria l'approvazione dello Stato libero. L'approvazione viene concessa, se gli obiettivi didattici e la struttura, nonché la formazione scientifica del personale docente non sono inferiori a quelli delle scuole pubbliche e purché non si promuova una discriminazione degli alunni non abbienti. L'approvazione

deve essere negata se lo stato giuridico ed economico degli insegnanti non sono sufficientemente garantiti.

4. L'insegnamento e gli ausili didattici nelle scuole pubbliche sono gratuiti. Le scuole non statali che svolgono le stesse funzioni delle scuole pubbliche e garantiscono lo stesso esonero dai costi, hanno diritto ad una compensazione finanziaria.
5. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

Articolo 77 Vigilanza sulle scuole

1. L'intero sistema scolastico è sottoposto alla vigilanza dello Stato Libero.
2. All'interno dell'autorità di vigilanza scolastica possono essere costituite consulte operanti a titolo onorario.
3. Gli esami che consentono di conseguire un'abilitazione pubblicamente riconosciuta devono essere svolti dinanzi alle competenti autorità statali o agli organi autorizzati allo scopo dallo Stato Libero.

Articolo 78 Partecipazione di genitori e alunni

1. I genitori e gli alunni hanno il diritto di partecipare mediante i loro rappresentanti eletti all'attività e al lavoro scolastici.
2. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

Articolo 79 Insegnamento di etica, insegnamento della religione

1. L'etica e la religione sono materie ordinarie di insegnamento nelle scuole ad eccezione di quelle di una particolare confessione religiosa e aconfessionali. Fino al raggiungimento della maturità religiosa gli esercenti la patria potestà decidono quali di queste materie debbano essere insegnate alla prole.
2. L'insegnamento della religione viene impartito, fatto salvo il generale diritto di vigilanza dello Stato Libero, secondo i principi delle chiese e delle comunità religiose. Gli insegnanti necessitano per l'attività di insegnamento della religione dell'autorizzazione delle chiese e delle comunità religiose. Queste hanno il diritto, d'intesa con l'autorità di vigilanza statale, di controllare lo svolgimento dell'insegnamento religioso.
3. Nessun insegnante può essere obbligato contro la propria volontà all'insegnamento della religione.

Articolo 80 Formazione professionale

La formazione professionale ha luogo nei centri di formazione sul lavoro e nelle scuole professionali. Lo Stato Libero sostiene le scuole professionali.

Articolo 81 Università

1. L'Università è libera nella ricerca e nell'insegnamento.
2. L'Università ha diritto, salvo il potere di vigilanza dello Stato Libero, ad un'autonoma amministrazione rispondente al suo carattere particolare nell'ambito delle leggi e del suo statuto riconosciuto dallo Stato Libero. Di questa amministrazione autonoma devono essere resi partecipi anche gli studenti.
3. L'Università partecipa mediante l'esercizio del diritto di proposta alla nomina del personale docente
4. Sono ammesse le Università non statali. Le ulteriori disposizioni sono previste dalla legge.

Articolo 82 Formazione degli adulti

1. La formazione degli adulti deve essere promossa.
2. Le istituzioni per la formazione degli adulti possono essere gestite, oltre che dallo Stato Libero e dagli enti di amministrazione autonoma, anche da enti non statali.

Articolo 83 Accademia Europea

1. Lo Stato Libero sostiene l'Accademia Europea di Bolzano come particolare istituto di ricerca.
2. La sua organizzazione e le sue attività di ricerca sono disciplinate dalla legge nel rispetto del principio della libertà della ricerca scientifica. Il plurilinguismo dello Stato Libero (art. 4) deve essere tenuto nel debito conto.

Articolo 84 Diritti linguistici nell'istruzione

1. L'insegnamento nelle scuole dell'infanzia, nelle scuole elementari e secondarie è impartito nella lingua materna dei bambini, cioè in lingua tedesca e italiana, da insegnanti per cui la lingua di insegnamento è analogamente la madrelingua. Nelle scuole elementari, a partire dalla seconda o dalla terza classe, a seconda di quanto stabilito per legge su proposta vincolante dei gruppi etnici interessati, nonché nelle scuole secondarie, è obbligatorio l'insegnamento nella seconda lingua; l'insegnamento viene impartito da un corpo docente per il quale tale lingua è la madrelingua.
2. La lingua ladina viene utilizzata nelle scuole dell'infanzia e insegnata nelle scuole elementari delle località ladine. Lì tale lingua funge anche da lingua di insegnamento nelle scuole di qualsiasi ordine e grado. In queste scuole l'insegnamento è impartito con lo stesso numero di ore e con lo stesso risultato finale rispetto al tedesco e all'italiano.
3. L'iscrizione degli alunni nelle scuole avviene sulla base di una semplice domanda degli esercenti la patria potestà. Contro il diniego di iscrizione è ammesso il ricorso alla Corte di Stato.
4. I gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino sono rappresentati nel Consiglio scolastico e nel Consiglio disciplinare per gli insegnanti. I rappresentanti degli insegnanti nel Consiglio scolastico vengono nominati elettivamente dal personale

docente in rapporto al numero degli insegnanti dei singoli gruppi linguistici. Il numero dei rappresentanti del gruppo linguistico ladino non può essere comunque inferiore a tre. I compiti del Consiglio scolastico vengono stabiliti con legge, anche se esso deve essere comunque ascoltato in caso di istituzione o di chiusura di scuole, nella redazione dei programmi e degli orari scolastici, nella definizione delle materie di insegnamento e nel loro accorpamento in gruppi di materie.

5. Nella nomina del provveditore agli studi da parte del ministro competente i gruppi linguistici possono presentare terne di proposte per il provveditore delle scuole nella loro lingua di insegnamento. Le competenze dei provveditori vengono stabilite dalla legge.
6. Negli istituti destinati alla formazione professionale e alla formazione degli adulti il plurilinguismo dello Stato Libero deve essere garantito da un'offerta formativa sufficiente nella madrelingua.
7. L'Università determina autonomamente la lingua di insegnamento in base ai contenuti delle lezioni secondo i principi della libertà di insegnamento e di apprendimento. In proposito devono essere considerati il plurilinguismo dello Stato Libero (articolo 4) e le connessioni internazionali della ricerca e dell'insegnamento accademico.

X. Sezione. Chiese e comunità religiose

Articolo 85

L'autonomia delle chiese e delle comunità religiose

1. È riconosciuta l'importanza delle chiese e delle comunità religiose per la conservazione ed il consolidamento dei fondamenti religiosi ed etici della vita umana.
2. Le chiese e le comunità religiose sono separate dallo Stato. Possono dispiegare la loro attività nello svolgimento dei loro compiti nell'ambito di una legge a carattere generale libere da interventi statali. I rapporti dello Stato Libero con le chiese e le comunità religiose vengono peraltro disciplinati da un trattato.
3. È garantita l'attività sociale e caritativa delle chiese e delle comunità religiose.
4. Le comunità religiose acquistano capacità giuridica secondo i principi generali del diritto delle associazioni e societario.
5. Le comunità religiose finora organizzate come enti di diritto pubblico mantengono tale status giuridico. Ad altre comunità religiose deve essere garantito questo status ai sensi della legge, se il loro ordinamento e il numero dei loro membri offrono una garanzia di durata e sono conformi alle leggi generali dello Stato.

Articolo 86
Istituzioni di pubblica utilità, istituti didattici, contributi statali

1. Se le chiese e le comunità religiose effettuano la manutenzione di strutture o istituzioni di pubblico interesse, si determina il diritto ad un adeguato rimborso delle spese da parte dello Stato, ai sensi della legge
2. Lo stesso diritto è riconosciuto ad enti non statali con un'attività simile e prestazioni equiparabili.
3. Le chiese e le comunità religiose sono autorizzate a disporre di proprie strutture didattiche per la formazione di parroci e collaboratori ecclesiastici. Questi istituti sono equiparati agli istituti statali, se conformi alle norme sugli istituti scolastici ed universitari.
4. Vengono garantite alle chiese le prestazioni fondate sulla legge, il contratto o particolari titoli giuridici.
5. I beni architettonici delle chiese e delle comunità religiose sono, a prescindere dalla proprietà, beni culturali della collettività. Per la loro manutenzione le chiese e le comunità religiose hanno quindi diritto ad un adeguato rimborso delle spese da parte dello Stato Libero, ai sensi della legge.
6. La domenica e le festività riconosciute dallo Stato sono tutelate dalla legge come giornate di riposo dal lavoro e di elevazione spirituale.
7. Nella misura in cui emerga l'esigenza di funzioni religiose e di assistenza spirituale nelle scuole, negli ospedali, nei penitenziari o in altri istituti pubblici, le comunità religiose vengono ammesse al compimento di pratiche religiose. È vietata ogni forma di costrizione.

XI. Sezione. Disposizioni transitorie

Articolo 87
Disposizioni transitorie, cittadinanza

1. Sono abrogate tutte le disposizioni incompatibili con l'esistenza di uno Stato Libero del Sudtirolo o con le disposizioni della presente Costituzione. Il Governo stabilisce mediante pubblicazione quali norme giuridiche debbano considerarsi abrogate, ai sensi del comma 1. Tutti i tribunali e le autorità amministrative sono vincolati da tale accertamento.
2. Tutte le rimanenti disposizioni che fino all'entrata in vigore della presente Costituzione erano in vigore della Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige, mantengono la loro vigenza provvisoria fino alla nuova definizione delle singole materie giuridiche come norme dello Stato Libero
3. Il Governo è autorizzato a effettuare la nuova pubblicazione delle disposizioni mantenute in vigore, ai sensi del comma 2, in considerazione del mutato assetto giuridico dello Stato, conformemente alla presente Costituzione, allo scopo di effettuare un riordino formale ed un'unificazione dell'ordinamento giuridico.
4. Divengono cittadini dello Stato Libero tutte le persone residenti sul territorio dello Stato (articolo 2, comma 1), purché non rinuncino entro un anno con una semplice dichiarazione a tale cittadinanza. Ulteriori disposizioni sono previste dalla legge sulla cittadinanza.

Articolo 88
Entrata in vigore

1. La presente Costituzione è deliberata a maggioranza di due terzi dall'Assemblea sudtirolese costituitasi in base al proprio diritto di autodeterminazione come Assemblea provvisoria del Libero Stato del Sudtirolo.
2. La giunta della Provincia di Autonoma Bolzano-Sudtirolo si costituisce come Governo provvisorio dello Stato.
3. La maggioranza dei deputati del gruppo linguistico tedesco, italiano e ladino devono approvare la presente Costituzione.
4. Un terzo dei deputati dell'Assemblea provvisoria può richiedere l'effettuazione di un referendum su questa Costituzione.
5. La Costituzione viene promulgata dal presidente dell'Assemblea provvisoria e pubblicata con la controfirma dei due vicepresidenti nella Gazzetta Ufficiale. In caso di referendum la pubblicazione deve avvenire effettuando un riferimento all'approvazione popolare; in caso di esito negativo del referendum la pubblicazione deve essere omessa.
6. La Costituzione entra in vigore il giorno successivo alla sua pubblicazione nella Gazzetta Ufficiale dello Stato.
7. Il Governo provvisorio dello Stato subito dopo l'entrata in vigore della Costituzione deve indire nuove elezioni per l'Assemblea legislativa. L'articolo 41, comma 4 della Costituzione si applica per analogia.
8. Dopo l'entrata in vigore della presente Costituzione dovrà essere stipulato un accordo internazionale tra lo Stato Libero e l'Italia, sull'assunzione dei dipendenti statali e su una soluzione patrimoniale per le strutture statali, sul ruolo di potenza tutrice dell'Italia nei confronti del gruppo linguistico italiano e sulla garanzia dei diritti pensionistici dei cittadini dello Stato libero.

2a edizione



**„Bisogna tentare l'impossibile,
per ottenere ciò che è possibile“**

Hermann Hesse

www.die-freiheitlichen.com

www.facebook.com/diefreiheitlichen